

Kampf dieser Regierung der finsternen faschistischen Reaktion!

Kampf den Junkern, Baronen und Generalen, die im Dienste der industriellen Scharfmacher, der finanzkapitalistischen Räuber, der ausbeuterischen Unternehmer die verhüllte Militärdiktatur über das deutsche Volk aufrichten!

Als die Millionen in Stadt und Land vom Kampf gegen das barbarische, von außen her kommene System abzuweichen, entrollt die Bourgeoisie eine neue nationale faschistische Front.

Trotz an die Jahre vor dem Kriege, ehe Millionen von Wehrmännern im Blut und Schweiß der Schützengräben als Kämpfer für die Profitorientierten der Kriegsgewinnindustrie, der Rüstungsindustrie, des Finanzkapitals hingemetzelt wurden! Heute wie damals feiert der Chauvinismus, der geblende Patriottismus, mit Hilfe der Hitlerpartei Diktatur in Deutschland.

Die Hitlerpartei sucht die Massen darüber zu täuschen, daß vor allem das kapitalistische System an ihrem Elend Schuld ist, das durch die nationale Unterdrückung auf Grund des verlorenen Weltkrieges nur noch verstärkt wird.

Die Hitlerpartei will die Massen darüber täuschen, daß es keine Befreiung aus der Versailler Anarchie ohne den Sturz des kapitalistischen Systems, ohne die Errichtung der proletarischen Herrschaft in Deutschland geben kann!

Wie klagen die Papen-Regierung und ihre nationalsozialistischen Trabanten an, daß ihre „nationalen“ Phrasen nur der Ablenkung der Massen vom Klassenkampf, nur der Erleichterung der kapitalistischen Hungeroffensive dienen, daß sie in Wahrheit ebensowenig an dem Versailler System zu rütteln wagen, wie die sozialdemokratischen Erfüllung- und Tributpolitiker!

Nur eine Kraft kämpft gegen die Tributsklaverei: das revolutionäre Proletariat unter Führung der Kommunisten, die mit ihrer Machtergreifung in Deutschland nach dem Beispiel der Sowjetunion alle imperialistischen Sklavenverträge für null und nichtig erklären werden!

Die Hitlerpartei ist die Partei des feigen Mordterrors gegen revolutionäre Arbeiter!

Noch niemals haben die nationalsozialistischen Terrorkolonnen einem einzigen Kapitalisten, einem einzigen Bourgeois, einem einzigen Arbeiter ein Haar gekrümmt. Aber hunderte Klassenbewußter Arbeiter aus der Freiheitsarmee des kommenden proletarischen Deutschland sind den Revolvern und Messern der SA-Banditen aus feigem Hinterhalt zum Opfer gefallen.

Die Hitlerpartei

ist die Partei des gelben Streikbrechertums!

Hitler precht an den Tischen der großkapitalistischen Ausbeuter, die die Masse als Schmutztruppe des Geldhais Managieren. Die nationalsozialistischen Kammerläuse kriechen vor dem „Partei-genossen Arbeitgeber“ auf dem Bauch, schreiben Sporn- und Furchen in die Kapitalisten aller Konfessionen.

Die Hitlerpartei

ist die Partei der davongejagten Hohenzollern!

Sie verachtet die Millionen und Milliarden, die das Hohenzollernsche Räuberregiment dem deutschen Volk geschuldet hat. In ihren Händen hat als Adressat der Höherstufenprojekte „Kamur“. Ihr Gernes ist der Ertrinken der Grabenbild des Weltkrieges.

Die Hitlerpartei

hebt zum Kriege gegen die Sowjetunion!

Gemeinsam mit den Generalen, dem reaktionären Zeitungsheer, den sozialdemokratischen Kriegsheerern der II. Internationale rühren die Führer der Hitlerpartei die Kriegstrommel gegen das einzige Land, das den Versailler Vertrag nicht anerkannt und den deutschen Werktätigen seit jeher in ihrem Kampf gegen das imperialistische Klassenjoch beigegeben hat: die Sowjetunion.

Die Hitlerpartei

kämpft für Panzerkreuzer und Rüstungswahnsinn!

Während Millionen in Deutschland Hunger leiden, beistellt die Hitlerpartei mit den Generalen, Junkern, Kanonenkönigen um das Recht auf Aufstellung, das Recht auf Bombenflugzeuge und Tanks, Giftgasgranaten und andere Erfindungen der imperialistischen Mordschmelze, um das Recht, noch mehr Panzerkreuzer von den Steuergrößen der Werktätigen zu bauen.

Die Hitlerpartei kämpft für Zwangsarbeit!

Gemeinsam mit der kapitalistischen Scharfmacherregierung und den verwerflichen reformistischen Führern des ADGB will die Hitlerpartei durch die Arbeitsdienstpflicht die Millionen Erwerbslosen zu Lohnrädern und Streikbrechern machen, das deutsche Proletariat der Zuchtshausklaverei preisgeben und die Arbeiterjugend militaristisch verfeuern.

Alle Arbeiter, alle Werktätigen müssen sich im Kampf gegen die Hitlerpartei, gegen den blutigen Faschismus zusammenschließen.

Niemand darf der Hitlerfaschismus in Deutschland die Regierungsmacht übernehmen!

Niemand dürfen die Terrorkolonnen der Nazis ihr Blutregime über das deutsche Proletariat errichten!

Die Kommunistische Partei Deutschlands ruft die Millionen der klassenbewußten Arbeiter, der

Werktätigen in Stadt und Land zur kämpfenden roten Einheitsfront der „Antifaschistischen Aktion“!

Keine parlamentarischen Tricks und Abstimmungen, kein Anbuhel und Koalitionsschacher kann den Hitlerfaschismus abkehren und seine Plaghalter, die Junker, Scharfmacher und Generale verjagen.

Nur der außerparlamentarische Massenkampf, die Streiks der Betriebsarbeiter, die Massendemonstrationen der Erwerbslosen, der Erwerbslosen Kampf der armen Bauern und des städtischen Mittelstandes, das feste Kampfbündnis der ausgebeuteten Angestellten und Beamten mit dem Proletariat, der Massenkampf der Armen gegen die Reichen, politische Massenstreiks!

Nur der Klassenkampf kann den Faschismus schlagen!

Jahrelang hat die Sozialdemokratie der deutschen Arbeiterklasse vorgelegen, ihre Brüningpolitik, ihre Braun-Evering-Politik sei das „kleinere Übel“, sei „Schutz vor dem Faschismus“.

Heute sieht jeder Arbeiter, daß das Resultat dieser Politik der schrittweisen Faschisierung das heutige Junker- und Generalsregime der Papen-Regierung ist, die den Triumph des offenen Faschismus vorbereitet!

Jahrelang hat die Sozialdemokratie dem Brüning-Zentrum, der Partei der brutalen Notverordnungen und der finsternen Kulturreaktion, auf Schritt und Tritt Gefolgschaft geleistet. Niemals hätte das Zentrum seine arbeiterfeindliche, großkapitalistische Politik auf dem Rücken von Millionen ehrlicher Arbeiter betreiben können, wenn ihm nicht die Sozialdemokratie den Deckmantel dafür geliefert hätte.

Heute bereitet sich dieses Zentrum, aus dessen Reihen der Kanzler der reaktionären Regierung, Herr von Papen, stammt, unter dem Deckmantel der Scheinopposition als Wahlmanöver auf die offene Koalition mit den Nazis vor!

Nach vor wenigen Monaten predigte die Sozialdemokratie ihren Anhängern, Hindenburg sei der „Hort der Demokratie“, der „Kandidat des Volkes“.

Heute hat der SPD-Kandidat Hindenburg die reaktionärste Regierung Deutschlands seit dem Sturz der Monarchie eingeleitet. Heute fordert er das Reichsbannerverbot, heute verbündet er sich mit Hitler gegen das arbeitende Volk!

Vor mehr als 13 Jahren legte Mut und Empörung der deutschen Arbeiter, Bauern und Soldaten das monarchistische, wilhelminische Deutschland hinweg. Damals verkrochen sich die Junker und Generale. Damals versprach die Sozialdemokratie den Massen den „demokratischen Weg zum Sozialismus“.

Die SPD-Führer bewaffneten die monarchistischen Offiziere und entwaffneten das Proletariat.

Die SPD-Führer schlugen die revolutionäre Bewegung blutig nieder und halfen der Bourgeoisie, ihre erschütterte Klassenherrschaft wieder zu festigen.

Die SPD-Führer in der Preußenregierung wüteten mit Zeitungs-, Verfallungs-, Demonstrationsverboten, mit Polizeifaschismus und Reaktion gegen die Arbeiterklasse.

Heute regieren von neuem die Junker und Generale des wilhelminischen Systems. Das sind die Früchte von 13 Jahren Regierungstätigkeit der Sozialdemokratie. Das sind die Früchte der Verräterpolitik der SPD-Führer!

Die Illusionen, die die Sozialdemokratie in den Massen künstlich nährte, zerbrechen vor den harten Tatsachen:

Die Politik der SPD. war kein „kleineres Übel“, sondern ständig steigender Verrat an der Arbeiterklasse!

Die SPD-Politik hat dem reaktionären faschistischen Kurs der Bourgeoisie den Weg bereitet!

Die SPD-Politik hat die Scharfmacher, Junker und Generale in den Sattel gehoben!

Die SPD-Politik will auch heute noch den Massenkampf der Arbeiter lähmen und zerfetzen!

Ein Anschlag auf das Wahlrecht der Jungarbeiter

Termin für die Reichstagsneuwahlen noch nicht bestimmt — Die Diktaturregierung plant Wahlrechtsänderung durch Notverordnung

Berlin, 6. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die neue Reichsregierung hat am Sonntag noch nicht den Termin für die Neuwahl zum Reichstag festgelegt. Auf Anfrage wurde mitgeteilt, daß das Ministerium noch nicht in der kommenden Woche über den Termin entscheiden wird. Das die nächsten Tage ist jedoch irgend eine Sitzung des Kabinetts zu erwarten. Wie die Montag-Presse meldet, erfolgt der Entschluß über den Wahltermin nicht zufällig, sondern wohl als auch Zerschleier wollen die unumkehrbare Entscheidung bis zum Herbst aufrecht erhalten, das heißt, erst im Herbst Neuwahlen auszusprechen. Gleichzeitig werden die verschiedenen Pläne über die Form dieser evtl. Neuwahl im Kopf der Diktaturregierung erwogen. Wie behauptet wird, vertritt Schleicher die Forderung, mit Hilfe einer Notverordnung eine Wahlrechtsänderung vorzunehmen, die in der Hauptsache eine Herabsetzung des Wahlalters von 20 auf 17 Jahre enthält. Mit dieser Maßnahme sollen die Rechte der Jungarbeiter und Arbeiterinnen vernichtet werden. Gegen

Die Kommunistische Partei ruft die sozialdemokratischen, die christlichen, die parteilosen Arbeiter zur „Antifaschistischen Aktion“, Klassenoffen! Ihr wollt den Faschismus schlagen! Lebt euch nicht von euren Führern länger aus der Klassenfront, der kämpfenden roten Einheitsfront fernhalten und in den Dienst des Klassenfeindes einspannen.

Die Kommunistische Partei ruft die Arbeiterinnen, die werktätigen Frauen in Stadt und Land, denen der Faschismus das Wahlrecht und alle sozialen Rechte rauben, die er in mittelalterliche Knechtschaft stürzen will!

Die Kommunistische Partei ruft die werktätige Jugend, der die Parteien der Bourgeoisie — von den Nazis bis zur SPD. — mit Zwangsarbeit und militärischem Drill drohen!

Klassengenossen!

Schließt die Reihen für den außerparlamentarischen Massenkampf gegen den Faschismus, gegen Junker, gegen imperialistischen Krieg! Organisiert den mächtigen roten Massen selbstschuß! Rüstet zum politischen Massenstreik!

Formiert die unüberwindlichen Bataillone der Millionenfront der „Antifaschistischen Aktion“!

Führt den Wahlkampf zu den bevorstehenden Reichstagswahlen im Zeichen des Massenkampfes, im Zeichen der roten Einheitsfront, im Zeichen der „Antifaschistischen Aktion“!

Schart euch um die Partei, die die einzige antifaschistische Führerin und die einzige antikapitalistische Partei, die einzige Partei der Millionen Erwerbslosen, die einzige Partei des wirklichen Kampfes gegen Versailles und Young, die einzige Partei des revolutionären Auswegs aus der Krise, die einzige Partei des Sozialismus ist!

Schart euch um die Kommunistische Partei Deutschlands!

Kämpft für die Vernichtung des faschistischen Mordterrors, für die vernichtende Niederlage des blutbesetzten Hitlerfaschismus durch die siegreiche „Antifaschistische Aktion“!

Kämpft für die Niederlage der sozialdemokratischen Verräterpolitik, der sozialdemokratischen Wegbereiter und Steigbügelhalter der faschistischen Reaktion!

Kämpft gegen Hunger- und Lohnabbau, gegen die Zerstörung der Sozialversicherung, gegen Arbeitsdienstpflicht und Abbau der Erwerbslosenunterstützung, gegen den Gehaltsabbau bei Angestellten und Beamten, gegen die Wuchersteuern, für das Lebensrecht der armen Bauern und werktätigen Mittelständler!

Kämpft mit uns für eure Forderungen!

Kämpft gegen die Kriegsheer, gegen die militaristische Rüstungspolitik, gegen die Preisfechter eines neuen imperialistischen Massenmordens, für die Verteidigung der Sowjetunion!

Kämpft für die Beseitigung der Regierung der Industriekapitäne, der Junker und Generale! Kämpft für die Arbeiter- und Bauernregierung!

Keine Stimme den Parteien der faschistischen Reaktion und ihren Handlangern! Keine Stimme den Nazis und deutschnationalen, der Sozialdemokratie und dem Zentrum!

Alle Stimmen der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Partei des sozialen und nationalen Freiheitskampfes der deutschen Werktätigen!

Für die Armen, gegen die Reichen — alle Stimmen für die Liste 3!

Zentralkomitee

der Kommunistischen Partei Deutschlands!

diese Pläne muß das Jungproletariat, muß die gesamte Arbeiterklasse auf das schärfste protestieren!

Weitere Naziüberfälle auch in Berlin

Berlin, 6. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Gestern kam es an verschiedenen Stellen zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeiter- und Nationalsozialisten. In Buchholz überfiel ein Nazigrupp dort zufällig des Weges kommende Arbeiter. Die Nazi fielen mit Schlagringen, Gummiknüppeln und Messern über die Arbeiter her. Die Arbeiter setzten sich aber geschlossen und energisch zur Wehr, worauf die Nazi die Flucht ergriffen. Die Polizei verhaftete 50 Arbeiter und nur 20 Nazi.

Auch in Reinickendorf überfielen Nationalsozialisten, die die Stärke von etwa 100 Mann Flugblätter zu verteilen versuchten, Arbeiter, die die Flugblätter nicht abnehmen wollten. Auch hier setzten sich die Arbeiter energisch zur Wehr, dabei wurde ein Nazi verletzt. Es wurden mehrere Arbeiter verhaftet.

Waldenburger Erwerbslose im Kampf gegen Unterstützungsraub

Die Erwerbslosen ziehen vor die Gemeindeämter

In Charlottenbrunn fand am Mittwoch eine Erwerbslosenversammlung statt, in der zu dem Unterstützungsraub Stellung genommen wurde. Das Verhalten des Kreisaußschusses bei Festsetzung der neuen Richtsätze wurde scharf gebrandmarkt. Die Versammlung beschloß, bei der Zahlung am Donnerstag die alte Unterstützung zu verlangen. Dieser Beschluß wurde von SPD., KPD., Nazi- und christlichen Arbeitern angenommen.

Der Antrag lautet:

1. Der geplante Abzug wird nicht durchgeführt.
2. Die durch die Notverordnung geplante Erhöhung der Mieten übernimmt auf die Dauer der Erwerbslosigkeit die Gemeinde.
3. Verbot jeglicher Ermittlung erwerbsloser Familien.
4. Arbeitsbeschaffung nach folgenden Gesichtspunkten:
 - a) Sanalisierung des Dorfgrabens bis zur Lannhausener Grenze.
 - b) Sanalisierung des Sumpfbereiches von der Wila „Silbergart“ bis zur Hauptstraße.
 - c) Ausbau und Schüttung des Heinweges.
 - d) Schaffung eines Freibades sowie eines Sportplatzes.
 - e) Bau eines großen Hochbehälters, damit bei Hochbruch der Ort nicht ohne Wasser ist.
 - f) Sanalisierung des ganzen Ortes.
 - g) Sämtliche Arbeiten werden durchgeführt in der 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, das heißt bei tariflichem Lohn, wie er in 48 Stunden erreicht wird.
5. Die dazu erforderlichen Mittel werden vom Reich und Staat bereitgestellt, entsprechend dem Gesetzentwurf der kommunistischen Reichstagsfraktion zur Arbeitsbeschaffung und zur Sicherung der Existenz der Erwerbslosen, sowie der kommunistischen Anträge im Landtag.

Am Donnerstag schickten die Wohlfahrtsempfänger eine Kommission ins Gemeindebüro, um ihre Forderungen zu unterbreiten. Da der Gemeindevorsteher nicht zu Hause war, verlangten die Erwerbslosen die sofortige Zusammenberufung der Gemeindevertretung. Was war festzustellen? Der erste Schöffe war verreist, der zweite war zur Firmung und zum Festessen und der dritte ist schon ein halbes Jahr krank. Trotzdem mußte letzterer auf Druck der Massen eine Sitzung einberufen, in der aber kein Beschluß gefaßt werden konnte, weil nur 8 Vertreter erschienen waren. Man wollte nun die Massen beruhigen, um sie vom Kirchplatz wegzubringen, was aber nicht gelang. Es traten dann die Landjäger in Tätigkeit. Oberlandjägermeister Ritsche forderte die Versammelten mit gezogener Gummiknüppel auf, den Platz zu verlassen und schlug ohne Grund zu. Auch Oberlandjäger Urban schlug einen Vergewaltigen nieder und ließ selbst von dem am Boden liegenden nicht ab. Selbst Frauen und ein 12jähriges Kind schlug dieser Held. Dann zog er den Revolver. Nur der Ruhe der Arbeiter ist es zu verdanken, daß ein Blutbad verhindert wurde. Das aus Waldenburg herbeigerufene Ueberfallkommando sollte den Platz räumen. Die hungrigen Massen blieben vereinzelt auf den Straßen. Als die Schube abreiste, forderten die Erwerbslosen wieder ihre alte Unterstützung. Inzwischen waren 8 Landjäger herangezogen worden. Um 18.30 Uhr wurden 20 Erwerbslose ins Gemeindebüro geladen, die abermals eine Gemeindevertretung verlangten. Diefelbe fand dann um 20 Uhr statt. In der Sitzung fehlten wieder zwei Firmlinge und Festleier, nämlich Kantor Reutner und Dr. Meyer. Aber auch in dieser Sitzung, an der drei Delegierte von den Erwerbslosen teilnahmen, war nichts zu erreichen. Am nächsten Tag sollte nur ein kleiner Betrag mehr ausbezahlt werden. Vier Gemeindevorsteher und drei Erwerbslose wurden beauftragt, mit dem Landrat zu verhandeln. Auch der Antrag wird an höhere Stellen weitergeleitet, sowie an sämtliche Landtagsfraktionen. Als sich die Hungernden damit nicht zufrieden gaben, wurde um 22.30 Uhr nochmals das Ueberfallkommando herangezogen, um die Straßen zu säubern und den „Hunger zu stillen“. Der Kampf wird weitergehen.

Als die Gemeinde Dittersbach die gefürzten Unterstüßungsätze auszahlt, entstand eine ungeheure Erregung. In der Erwerbslosenversammlung am Donnerstag wählten sich die Kollegen eine Kommission aus SPD., KPD., SAP., Reichsbanner- und parteilosen Arbeitern. Zu ihrer Unterstützung wurde beschlossen, vor das Gemeindeamt zu gehen. Die Polizei des Sozialdemokraten Wende erschien im Ueberfallwagen und riegelte alle Zugänge zum Amtshaus ab und trieb die Demonstranten auseinander. Selbst die Kommission wurde nicht in voller Stärke in das Gemeindeamt gelassen. Die Verhandlungen ergaben, daß der stellvertretende Gemeindevorsteher Geißler zuzugewinkelt, der im Urlaub befindliche Gemeindevorsteher wird sofort zurückberufen und am Montag wird eine Gemeindevertretung durchgeführt, die sich mit den Forderungen der Erwerbslosen beschäftigt soll.

Die Anfänge der roten Einheitsfront gegen den Hungerkampf sind auch in Dittersbach und Charlottenbrunn geschaffen. Jetzt heißt es weiter vorstößen, um den Unterstützungsraub, welcher von dem aus sozialdemokratischer Mehrheit bestehenden Kreisaußschuß beschlossen worden ist, zunichte zu machen. Es gilt vor allen Dingen die Arbeiter in den Schächten und Betrieben zu mobilisieren. Der Kampf der Erwerbslosen ist auch der Kampf der Betriebsarbeiter.

Die rote Front marschiert in Adelsdorf

Adelsdorf. Nach harter zäher Kleinarbeit ist es uns gelungen, in der Hochburg der SPD. und Nazis einzudringen. Am Sonnabend, dem 28. Mai, führte die NSD. in kurzen Abständen die dritte öffentliche Versammlung durch, welche alle einen sehr guten Besuch aufwies, trotz der Sabotage des DVV.-Bonzen Mengel. Sie wurde von Gen. Pentrup eröffnet, welcher bekanntgab, daß der Kreisleiter des DVV. Mengel trotz rechtzeitiger Einladung es vorgezogen hatte, nicht zu erscheinen. In der Versammlung wurde die Stimmung laut, er weiß schon, warum er nicht erscheint.

Genosse Gallinat-Breslau machte sofort in längeren Ausführungen den Anwesenden klar, wie wir den gemeinsamen Kampf der Land- und Industriearbeiter organisieren müssen. Zum Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsraub für den Sozialismus. Der starke Beifall bewies, daß auch die Landarbeiter erkennen, daß wir jetzt endlich den Kampf aufnehmen müssen. Eine kritische Anzahl trat wieder, wie in den vorhergegangenen Versammlungen, der NSD. bei. Genossen, jetzt heißt es weiter vorstößen! Adelsdorf muß die rote Hochburg des Reiches Goldberg-Hannau werden.

Dein Kind muß ein Klassenkämpfer werden

Wälfegiersdorf. Es gibt immer noch Arbeiterkinder, die ihre Kinder in reaktionäre Jugendgruppen, so wie hier in die Scharenhorstjugend, schicken. Oberförster Schwarz hat es übernommen, Gift und

Galle den Kindern gegen die Arbeiterbewegung einzuschöpfen. Kommunisten sind bei ihnen die blutrünstigsten Ferie, in der Sowjetunion sind die Kinder verwahrlost und laufen als Trolche, Strolche und Mörder umher. Nur seine „Ideale“ und „nationalen Belange“ sollen die Kinder als Erwachsene vertreten. Was sind nun seine Ideale? Mächtliche Saufgelage und Weiber (bei Nebenführer). In betrunkenem Zustand fährt er mit seinem Auto das Pferd des Gutspächters Alter in Lannhausen kaput. Für solche Taten findet sich auch die Versicherung bereit, circa 400 Mark zu bezahlen. Sein Chauffeur, der jahrelange treue Dienste leistete und ihm buchstäblich jeden Dreck ausräumte, hat er „wegen Arbeitsmangel“ entlassen. Dafür stellte er sofort einen SS.-Führer als Chauffeur ein.

Einen Begriff dürften nun die Arbeiterkinder erhalten haben. Deshalb heraus mit den Kindern aus allen reaktionären Verbänden, hinein in die Roten Gruppe der roten Hilfe. Stimmt am Sonntag für die Rote „Proletarischer Schulkampf“.

An die Adresse der „Volkszeitung“!

Kurtl. 1. MgB. Mangels politischem Material gegen die Kommunisten versuchen die hiesigen SPD.-Größen, nützliche Familienangelegenheiten unserer Genossen auszukramen und in ihrer „Volkszeitung“ zu plazieren. Uns ist der Raum unserer Zeitung viel zu schade, um mit gleichen Argumenten aufzuwarten, weisen aber die SPD.-Schmüßler mangels neuerem und besserem Material auf ihre eigenen Parteigenossen, besonders auf ihren Schöffen in Kurtl. hin. Sie dürften aus seinen Liebes- und Sittengeschichten ganze Seiten ihrer geistigarmen „Volkszeitung“ zu füllen imstande sein.

Die letzte Neuheit: Hitler-Maiglöckchen

Kurtl. 1. MgB. Das Los heutiger Arbeiterkinder ist, ihre Eltern durch Minderbienen weniger Hungerpennige zu unterstützen. Einige Arbeiterkinder, die ihre Maiglöckchen verkaufen wollten, sprachen auch bei der bekannten Frau Scharf vor. Sie erklärte den Kindern, daß sie nur Hitlermaiglöckchen kauft. Ich gab mir die Mühe, im botanischen Wörterbuch nach dieser Pflanze zu suchen, leider fand ich auch dort nur Conalucia majalis (botanischer Name für Maiglöckchen). Eine Hitlerianis zu entdecken, war mir unmöglich. Da es sich nach den Angaben von Frau Nazi-Scharf um eine Neuheit auf dem Gebiete der Botanik handeln muß, schlagen wir vor, dieser Neuheit den Namen „Morbandittis Peil“ zu verleihen.

Görlitzer und Siegniker SPD.-Führer als Zutreiber für den 'freiwilligen' Arbeitsdienst

Görlitz. Wir berichteten bereits am 17. Mai in einem Artikel der „Arbeiter-Zeitung“, daß in Breslau auf dem Arbeitsnachweis Maurer für den freiwilligen Arbeitsdienst gesucht werden. Wir wiesen in demselben Artikel darauf hin, daß zwischen Nazi- und SPD.-Führern ein Wettlauf eingesetzt hat. Beide Führergarnituren versuchen mit ganzer Kraft die Arbeiter in die Arbeitsdienstpflicht einzuspinnen. An dem Experiment des republikanischen Studentenlagers in Emsland, das im „Vorwärts“ vom 12. Mai dieses Jahres unter dem Titel „Freiwillige Dienstpflicht“ von einem gewissen Kurt Wlen bekannt wurde, fanden wir die offene Aufforderung der SPD. für die Arbeitsdienstpflicht.

Heute flatierte uns eine Postkarte zu, wo der Verband der sozialistischen Arbeiterjugend, Bezirksvorstand Görlitz, dem Arbeitsamt in Waldenburg Mitglieder der SAJ. zur freiwilligen Dienstpflicht vermitteln. Das Arbeitsamt Waldenburg wies unter dem Aktenzeichen H. m. vom 6. Mai dieses Jahres das Angebot eines zur Arbeitsdienstpflicht gemeldeten Wälfers durch den Bezirksvorstand der SAJ. Görlitz zurück.

Die Mitglieder der SPD. und SAJ. wollen sich nicht für die Arbeitsdienstpflicht einspannen lassen und rebellieren in den verschiedenen Ortsgruppen Schöffen gegen ihre Führer. So schreiben uns Reichsbannerarbeiter aus Siegnitz, daß bei einem Übungsabend der Reichsbannerkapelle der „Reichsbannergeneral“ Freiler erschien und die Kameraden bis zu 25 Jahren aufforderte, sich zum „freiwilligen Arbeitsdienst“ zu melden. Diese Zumutung löste helle Empörung unter den Reichsbannerarbeitern aus.

Vergleichen wir die Maßnahmen, die der gewisse Reichsbanner- und Wehrminister Groener über die Entpolitisierung der Jugend und Konzentrationsbestrebungen der gesamten deutschen Jugend ausarbeitete, die Erklärungen der Nazis im Reichs- und Länderparlamenten mit der Arbeit der SPD., NSD., sowie Reichsbanner-Führer, so finden wir nicht nur eine Parallele und Uebereinstimmung besonders in der Handhabung der Arbeitsdienstpflicht, sondern einen direkten Wettlauf um die Erreichung dieses Zieles. Die Betriebsarbeiter sind sich klar darüber, daß durch die Einführung der Arbeitsdienstpflicht ihre Hungerlöhne noch weiter gedrückt werden sollen. Die

Erwerbslosen wissen, daß durch die Arbeitsdienstpflicht die Möglichkeit der Erlangung von Arbeit noch weiter gedrosselt wird. Die jugendlichen Werktätigen in Stadt und Land begreifen, daß die Arbeitsdienstpflicht die Militarisierung, Entrechtung und Unterdrückung des Jungproletariats bedeutet.

Darum gilt es die geschlossene Front aller Werktätigen im Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht herzustellen. Die leuchtenden Beispiele der Streiks bei den Zwangskursen der Breslauer Jungarbeiter, wo Jungarbeiter aller Parteilichungen für ihre unerlässlichen Forderungen den Kampf führten, gab das Signal zur geschlossenen Abwehr der Jungarbeiter. Esforderlich ist, daß die Erwachsenen mehr denn je der Bewegung der Jungarbeiter ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Nur in geschlossener Front von Jugendlichen und Erwachsenen, Erwerbslosen und Betriebsarbeitern wird der Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht erfolgreich geführt werden können.

Der Gemeindevorsteher Steinbrecher in Göllschau ein Faschist!

Hannau. Aus Göllschau wird uns berichtet, daß der Herr Gutshausbesitzer Gemeindevorsteher Steinbrecher sich bei der Geldauszahlung der Wohlfahrtsdienstlosen durch seine Nebenarten als Faschist entpuppte. So beleidigte er unter anderem auch die Regierung. Darüber hatten Republikaner beim SPD.-Landrat in Goldberg „Beschwerde“ eingelegt. Wochen vergingen, ehe eine Antwort einging. Dem faschistischen Gemeindevorsteher wird kein Haas gekrümmt werden. Erst die geschlossene rote Einheitsfront aller Arbeiter, auch auf dem Dorfe, wird den wirklichen Kampf gegen den Faschismus führen können.

Achtung, Genossen!

Hannau. Ab 1. Juni befindet sich das Büro der NSD. und des Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter sowie der Partei in der Münchstraße 18, Hinterhaus, Parterre. Alle Kollegen und Genossen müssen sich dort täglich zur Arbeitseinteilung einfinden.



Eine Erlösung

für den 3 1/3-Raucher.

Jetzt endlich ist auch für ihn die Zigarette geschaffen, die ihn zum Qualitäts-Raucher macht.

Wenn die Bulgaria etwas bringt, weiß man, was das heißt. Nämlich: hervorragende Qualität in jeder Preislage

Die wundervollen bulgarischen Edel-Tabake auch in der 3 1/3 Pfg.-Zigarette.

BULGARIA SPORT

6 Zigaretten 20 Pfg.

die **3 1/3** der Bulgaria mit Sport-Photos

Nazis als Youngtimewie im Landtag gestäuft!

Scharfe Abrechnung des Genossen Koenen mit Hitler — Die Nazis für den Franzosenfreund und Sowjetfeind Papen

Der Landtag hat am Freitag seine begonnene politische Debatte zu Ende geführt. Als einer von den Nazis, die sich zu Wort meldeten, die Rede nur die Arbeitsdienstpflicht, mußten durch eine neue Wahrung, durch die Einführung eines Bau- und Bodengeldes gehandelt werden.

Antwort der revolutionären Jugend auf die Nazi-Zwangsarbeitsforderungen

Die verlogene Demagogie und Antisowjetische Propaganda der Vertreter der proletarischen Jugend im Landtag, der Genosse Koenen, ab.

Die Nazis reden über den angeblichen Hunger in der UdSSR und verhehlen sein Wort darüber, daß die Nazis unter dem Vorwand des Hungerlandes und der Ausbeutung deutscher Arbeiter in unerschöpfliche Helfer. In der Nazi-Rede ist der Reichsminister Adolf Hitler als Feind eines Kampfbundes. Er zählt den Arbeitern seiner Partei einen Stundenlohn von 4 Pf. (Hört, hört bei den Kommunisten.) Er erwidert sich nicht, auf die Lohnunterschiede einer ausgehungerten Lohnarbeiter eine Marke zu haben. Wählt Hitler.

Die einzige „Lösung“, die die Nazis für die Jugenderwerblosen vorklagen, ist die Arbeitsdienst-

pflicht. Es gibt rund eine Million Jugenderwerblose, die keinen beruflichen Unterhalt erhalten. Arbeitsdienstpflicht bei den Nazis: Militärdienst, Kasernen und Kaserneangehörigen.

Auch das Zentrum will diesen Arbeitsdienst. In der Zentrumschrift „Der Führer“ wurde geschrieben: „Wir wollen den Arbeitsdienst mitmachen.“ Ebenso ist die SPD. — Franz Hanna hat es deutlich ausgesprochen — im Prinzip für Arbeitsdienst.

Aber in der deutschen proletarischen Jugend wächst der Kampfwille gegen Unterdrückung und Ausbeutung durch die Arbeitsdienstpflicht. Auch das Jungproletariat erkennt, daß seine Lage nur im härtesten außerparlamentarischen Kampf verbessert werden kann. Wir rufen der Jugend zu: Formiert euch in roten Kolonnen gegen Arbeitsdienstpflicht, Hunger und Faschismus. (Stürmischer Beifall bei den Kommunisten.)

Nazis übernehmen die antisowjetische Schrotte der Sozialdemokraten.

Nach der Rede des Genossen Kaiser schiedten die Nazis den Abgeordneten Freisler als zweiten Redner vor. Die Rede war eine wilde Verleumdung und Hecke gegen die Sowjetunion, wobei Freisler sich ausschließlich der Zitate aus dem „Vorwärts“ und aus SPD-Reichstagsreden bediente.

Die Papenregierung will also von dem von den Nazis verlangten Raum im Osten, in Polen, nichts wissen.

Dieses Bündnis accord de trois (zu dritt) soll den

Zweck eines Wirtschaftsbündnisses gegen den russischen Fünfjahrplan

haben, (Hört, hört b. d. Kommunisten), der für gefährlich genug erachtet wird, die europäische Wirtschaft zu zerstören. Im Rahmen dieses accords würden die Franzosen auch für eine Aufrüstung Deutschlands zu haben sein (Hört, hört b. d. Kommunisten). Denn man hat Verständnis dafür, daß unsere jetzige Verfassung unerträglich ist. Falsch wird es dagegen sein, wenn Deutschland auf der Aufrüstungskonferenz mit seiner bekannten These: „Wir haben abgerüstet, also tut ihr es auch“, erscheinen wird.

Am Schlusse seines Berichts erklärte dieser Herr v. Papen im Gegensatz zu dem, was die Nazis gestern und heute hier sagten.

„Eine Anlehnung an England ist nicht möglich, da dieses selbst in der Hand des französischen Kapitals ist. Amerika wird erst nach der nächsten Präsidentenwahl für eine größere politische Entscheidung zu haben sein. Die drängenden europäischen Probleme müssen von Deutschland und Frankreich gelöst werden, wobei das letztere auf eine Einbeziehung des befreundeten Polens bestehen wird. Die Frage der Ostgrenze muß einer späteren Zeit vorbehalten werden. Der accord de trois muß zustandekommen im Hinblick auf den

Kampf gegen den Bolschewismus (Hört, hört bei d. Kommunisten.)

Das ist das Programm der Regierung Papen-Schleicher und Co. Es ist kein Wunder, daß er es der Presse noch nicht unterbreitet hat und die Regierung der feudalen Freiherren, Grafen und Großkapitalisten nicht den Mut hat, um den Reichstag noch einmal zusammenzurufen und vor ihm sein Programm zu entwickeln.

Papens Rolle in Amerika

Herr v. Papen hat noch eine andere Vergangenheit. Die Presse hat über seine Vorgeschichte in Amerika berichtet. Noch heute sieht ein der Opfer der amerikanischen Politik Papens im Zuchthaus.

Die Politik Papens während des Krieges in Amerika führte bekanntlich dazu, daß Amerika noch schneller in den Weltkrieg gegen Deutschland eingegriffen hat.

Die Leistungen über verdächtige Luftzüge, die er drüben ausführen ließ, sind bekanntlich in seiner Autobiographie geschildert worden. Sie sind Gegenstand ganz besonderer Aktionen und Klagen vor Gericht in Amerika geworden. In einer der letzten Klagen auf Grund dieser Handlungsweise Papens handelt es sich um nicht weniger als 40 Millionen Dollar Schadensersatz für Schäden, die durch die Politik des Herrn Papen in Amerika in der Kriegszeit angerichtet wurden. (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Für Papens Politik sieht in Amerika heute noch ein Arbeiterführer unschuldig im Zuchthaus. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Der Arbeiterführer Rudy wurde eingekerkert, weil er angeblich im Auftrag deutscher Agenten Sprengungen verübt haben soll. Sprengungen sind verübt worden, aber der Arbeiterführer Rudy ist nachweislich an solchen Aktionen völlig unbeteiligt.

Der Arbeiterführer sieht in Amerika noch im Zuchthaus, aber Herr v. Papen, der dafür verantwortlich ist, was in dieser Kriegszeit alles gegen das deutsche Volk verbrochen wurde, kann Reichskanzler in Deutschland werden. (Wuirufe bei den Kommunisten.)

Ein Mann von solcher Vergangenheit muß, so rasch es nur geht, gestürzt werden. (Stürmischer Beifall bei den Kommunisten.) Dieser Regierung Papen sagen wir den rückwärtssozialistischen Kampf an. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Wir sind gespannt, wie sich die Parteien des Landtages zu unserem Antrag stellen, der das sofortige Verschwinden dieser Regierung verlangt.

Gepannt darf man auch sein, wie sich die SPD. zu unserem Antrag stellt, und was die Nazis zu dieser Regierung Papen zu sagen haben.

SPD., Zentrum und auch die Nazis sind stolz auf Mehrheitsbeschlüsse. Hier können sie durch Mehrheit eine konterrevolutionäre Regierung, eine Regierung der Junker, des Finanzkapitals, sowie der Verbrüderung mit Frankreich, die die Grenzen freigegeben will, kürzen. Sie werden es nicht tun, und mitschuldig an allem sein, was diese Regierung tut und treibt.

Wir fordern deshalb die Massen auf, sich durch große Aktionen, durch Streiks gegen Lohnraub, für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ihr Recht zu holen. Heraus zu Kundgebungen gegen die faschistischen Bestrebungen! Heraus für die Forderungen der Erwerblosen! Heraus zum Massenstreik! Es lebe die antifaschistische Massenaktion der Einheitsfront des Proletariats. (Stürmischer, anhaltender Beifall b. d. Kommunisten.)

Gen. Koenen gegen Hitler und Papen

Eine Abrechnung mit der Nazidemagogie und Anti-Sowjetikose in allen Punkten vollzog Genosse Koenen:

So sehr sich die Nazis in Worten betranken und so sehr sie sich bemühen, vor den Massen sich in das Licht der Befreiungsbekämpfung zu stellen, so sehr vermehren die verblendeten Massen in ihrer Blindheit den Vorwurf zur Milderung des Massenelends. Die Nazis sind genau mit der Partei, die sich agitiert als die sie und die die Macht in Preußen wirklich ausgeübt hat, mit der Partei der Zentrumskatholiken, eine Koalition eingegangen.

War der „honorarwürdigen Entkompart“, die die Nazis niederdemagogieren wollten, wollten sie als Koalitionspolitiker machen. (Hört, hört! bei den Kommunisten und beim Zentrum.)

Nazis haben die SPD-Lösungen übernommen

Die Nationalsozialisten haben die Lösungen der SPD. übernommen, von an die Futterkrippe. Hinter allem ihren wüsten Schreien über die Volkseigenen und die angeblich verlassenen Arbeiter wird doch nichts anderes als der Wunsch, Licht und doch einmal herein. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Und wenn sie erst dran sind, dann werden sie die gleichen Fehler, wie vorher Sozialdemokraten und Zentrum, tun, nämlich die Verträge durch die Gültigkeit und dann gemacht haben.

Die Nazis sind stolz auf ihren Nationalismus. In ihren Reden haben sie hier nichts zur nationalen Befreiung vorgetragen. Die Nazis, die angeblich vor der Übernahme der Macht sich die mit der Partei einer Koalition prahlen, die gegen Preußen in Deutschland, haben in dieser Debatte nicht die Frage des Reichs mit der Schandverträge aufgeworfen. Sie haben sich über die Einbeziehung der Youngplan-Verträge über Preußen, obwohl die Frage durch seinen Antrag im Landtag stellt.

Durch dieses Verhalten bekämpfen die Nazis die von Hitler vor der Reichstagswahl abgegebene Erklärung, daß die Nazis nach der Übernahme der Macht nicht diesen Verträgen, den Youngplan-Verträgen, zu sein, können, obwohl sie das im Landtag und im Reichstag immer wieder behauptet haben. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Sie haben keine Abnahme von Arbeitslosen! Aber, bei auch dementsprechend man von der Weisheit zur Realpolitik übergehen muß!

Die Lösung der nationalen Fragen wird in Deutschland so kommen, wie sie für das russische Volk gekommen ist. Das russische Volk hat sich freigeigelt, indem es die Barone, Fürsten und Grafen zum Lande hinausgedrängt hat. Es befreite sich, indem es die Kapitalisten aller Schattierungen verjagte, die Weisgardisten schlug und die Produktionsmittel enteignete und in die Verwaltung der Arbeiter stellte. (Bravo und Handclatschen bei den Kommunisten.)

Es gibt nur ein Land, wo ein deutscher Stamm seine eigene Kultur, seine eigene Sprache, die Erziehung seiner eigenen sozialen Angelegenheiten selbstständig führt, das ist die Sowjetunion in der Volksgenossenschaftlichen Republik. (Stürmisches Bravo bei den Kommunisten.)

Wegen dem die Nazis nach dem faschistischen Italien schauen. Wir stellen die Volksgenossenschaftliche Republik ihrer Schande von Südtirol entgegen.

Was ist mit der deutschen Heimat? Wem gehört Deutschland? Deutschland gehört den Kapitalisten. Wer Geld hat, kann deutsche Kultur, deutsche Wissenschaft, deutsches Geistesleben auskosten. Wir wollen die bezugslosen Proletarier erst in den Besitz ihrer Heimat bringen. Erst wenn der Sozialismus gesiegt hat, erst wenn die Kommunisten regieren, dann werden die werktätigen Massen Deutschlands erst eine Heimat haben. (Stürmisches Bravo und Handclatschen bei den Kommunisten.)

Der Nationalsozialismus, den die Nazis predigen, ist nichts anderes als der Verzweiflungsschrei der Bourgeoisie, die in dem Krieg den einzigen Ausweg sieht und zum Krieg heft und ihn organisatorisch vorbereitet. Wir stellen dem entgegen den Kampf gegen den Krieg auf internationaler Grundlage.

Nazis übernehmen Hehrolle der SPD. gegen die Sowjetunion

Schritt für Schritt übernehmen die Nazis die Rolle der SPD. in der Hege gegen die Sowjetunion. Die SPD. ist schwach auf der Brust geworden. (Heiterkeit.) Jetzt kommen die Nazis und übernehmen ihre Rolle noch etwas willkürlicher. Sie wiederholen den Schwindel der SPD. noch einmal. Bolschewistische Selbstkritik ist

etwas, was die Freisler und Hitler unmöglich verstehen können. Wie könnte sich Hitler selbst kritisieren, was bliebe da übrig! Dann müßten sie ja selbst den Schaum vernichten, den sie gemacht haben. (Heiterkeit.)

Gegen die von Hindenburg eingesezte Diktaturregierung der Grafen, Junker und Generaldirektoren haben die Nazis im Landtag kein Wort gesagt.

Sie haben sich als angebliche Opposition damit vollkommen einverstanden erklärt. Die preußische Vergangenheit mit all ihrem wüsten Woddergeruch ist wieder auferstanden. Die Herren vom Zentrum und der Volkspartei, der Staatspartei und der SPD., die sich bisher als die Sachverwalter der Bourgeoisie glaubten, haben die Nüchternheit für ihre Diktaturpolitik erhalten. Am Ende ihrer Regierungsperiode steht die Rückkehr zu mittelalterlichen Zuständen.

Die Papenregierung wird, wie es die Nazi wünschen, die SPD. wieder erlauben und die proletarischen Kampforganisationen verbieten. (Zuruf b. d. Nazis: „Gott sei Dank!“) Die Verhöhnung der kommunistischen Bewegung, das ist die Aufgabe der SPD., für die sie bezahlt wird.

Doch eine kommunistische Massenpartei kann durch kein Verbot unterdrückt werden.

Die kommunistische Partei befindet sich in einem ununterbrochenen Prozeß der Festigung, Stärkung und Stärkung. Die Arbeit des Kommunismus wird in den Betrieben und Stempelstellen weiterwachsen, trotz aller Unterdrückungsversuche. Die Reaktion kann kein Problem lösen, nur der Kommunismus gibt den Massen Arbeit und Brot. (Bravo! b. d. Komm.)

Bündnis von Papen mit französischen Kapitalisten

Herr v. Papen ist aufs engste mit den französischen Kapitalisten verbrudert. Die Nazis haben kein Wort gegen ihn gesagt.

Am 27. Februar 1931 war Papen mit der deutschen katholischen Delegation in einem Klub, in dem er einen Bericht über seine Reise nach Frankreich erstattete. In dem Ausspracheabend des deutschen Herrenklubs teilte er mit, daß die Streikemassende Politik im Ziele zwar richtig sei, daß sie aber mit anderen Mitteln und mit anderem Tempo verwirklicht werden müsse. Er sprach genau wie Hitler, daß das Ziel einer Verständigung auf Grund neuer Verträge nicht überstürzt werden könne. Herr v. Papen sagte am Schluß seines Berichts:

„Von politischer Seite werden langfristige Kredite in Frankreich von einer endgültigen Vereinigung aller Fragen zwischen den beiden Ländern abhängig gemacht. Fernangelt wird in Frankreich dabei die rufflandfreundliche deutsche Politik; unter „endgültiger“ Vereinigung versteht man ein deutsch-französisch-polnisches Bündnis.“

Deutschland hatte dabei keine an sich als berechtigt anerkannten Wünsche bezüglich seiner Grenzen zurückzustellen, da eine friedliche Lösung dieser Frage angesichts der politischen Sinnlosigkeit für unmöglich erachtet wird. (Hört, hört bei den Kommunisten.)

Berliner Weißgardisten im Bunde mit Gorgulow

Der „Kul“ propagierte die Gorgulow-Partei — hinweg mit den Kriegstreibern aus Berlin!

Vor wenigen Tagen teilten wir mit, daß Aufträge über die weißgardistisch-faschistische Bauernpartei des Attentäters Gorgulow auch in der Berliner Weißgardistenpresse, insbesondere im „Kul“ erschienen sind.

In einem Artikel, der am 24. April 1930 in dem bei Ullstein herausgegebenen, inzwischen eingegangenen „Kul“, erschienen, wird unter dem Titel „Mussolini-Gorgulow“ u. a. folgendes gelagt:

Der Doktor der Medizin, der Kojakpartisan Paul Gorgulow, hat uns aus der Tschchoslowakei mehrere Exemplare einer gut ausgestatteten Broschüre gesandt, die den Titel führt „Antifaschistische Bauern-Volkspartei der Grünen“ und erklärt, daß „Das Programm der Grünen der Weg zur Befreiung Rußlands ist“. Diese Partei nennt sich faschistische Partei. Die Partei der Grünen wird diktatorisch von einem dreiköpfigen

Komitee geleitet. Das erste Mitglied dieses dreigliedrigen Komitees ist Paul Gorgulow, der kategorisch versichert, daß der russische Mussolini sich schon auf dem Wege der Rettung Rußlands vor dem Untergange befindet.“

Die Berliner Weißgardisten kennen Gorgulow, sie standen in Verbindung mit ihm! Sein Verbrechen ist auch ihr Verbrechen. Auch sie bereiten aktiv den Krieg gegen die Sowjetunion vor. In den Versammlungen der Nationalsozialisten treten bereits Weißgardisten als antisowjetische Hehredner auf. Wir fordern die Ausweisung dieser Provokateure und Kriegstreiber! Die Werktätigen von Berlin werden die Tätigkeit der Weißgardisten noch genauer als bisher unter die Lupe nehmen. Sie müssen in den Betrieben einen Massensturm gegen dort beschäftigte Weißgardisten entfachen. Heraus mit dem Keintrupp der sowjetfeindlichen Kriegsprovokation aus Berlin!

Antifaschistische Aktion in Breslau

bundes gegen den Faschismus! Gewerkschaftskollegen! Organisierte, unorganisierte und parteilose Arbeiter, Arbeiterinnen u. Jungarbeiter!

Heraus zur Kampf-Kundgebung

Am Montag, dem 6. Juni 1932, abends 8 Uhr, im „Zirkus Busch“

Inkostenbeitrag:
15 Pfg. u. 25 Pfg.

Vertreter der SPD., der SAP. und der KPD. sind eingeladen.

Der provisorische Kampfausschuß Breslau

Rausch (SAP.), S. Beyer (KPD.), Ilse Kosmol (parteilos)

Die Elferkommission der Breslauer Erwerbslosen-Ausschüsse

Papst (SAP.), Zilla (KPD.), Simon (KPO) Brünninghaus (parteilos)

Breslau

Breslau, 6. Juni.

Rote Fahnen heraus!

Sämtliche Fahnen der Partei- und Massenorganisationen sind heute abend nach dem Zirkus Busch mitzubringen zur antifaschistischen Kundgebung. Meldung 19.30 Uhr bei Gen. Brodke am Eingang rechts.

Sonderbares Verhalten eines Wohlfahrtsarztes

(Arbeiterkorrespondenz)

Ein sonderbares Verhalten des Wohlfahrtsarztes Dr. Woi-tala, Paulstraße 9, zeigen nachstehende Zeilen. Am 3. Juni gegen 16 Uhr bekam eine ältere Frau auf der Dirschstraße plötzlich Anfälle (sie leidet an Gallensteine, Magenkrampf). Als einige Passanten sie in das Haus des Arztes brachten und von ihm verlangten, der Frau zu helfen, lehnte er ab mit der Begründung, sie solle zu ihrem sie behandelnden Arzt Dr. Freudenthal, Schweidniger Straße, gehen, oder es solle einer von den Passanten zu dem Arzt hinfahren und die Überweisung für das Krankenhaus holen. Auch weigerte er sich, das Krankenauto anzulassen, um die Frau fortzuschaffen zu lassen. Die Frau mußte längere Zeit im Stur des Hauses sitzen. Erst auf den energischen Protest der anstehenden Passanten und nachdem ein Vertreter des Erwerbslosen-Ausschusses sich der Frau annahm, ließ dieser famose Arzt sich bewegen, die Frau nach oben in seine Wohnung zu nehmen, bis das von den Passanten angerufene Krankenauto sie abholte. Das ist schon der zweite solche Fall (vor einiger Zeit sollte er abends nach der Paulstraße zu einem schwerkranken Wohlfahrtsempfänger kommen, er lehnte aber den Nachbeseuch ab), wo der Arzt den Armen gegenüber sich solche herrliche Methoden an-macht. Hoffentlich genügen diese Zeilen, um ihm klarzumachen, daß er für die Wohlfahrts-erwerbslosen da ist und nicht die Wohlfahrts-erwerbslosen für ihn. Als frommer Katholik sollte er doch von der Nächstenliebe nicht nur reden, sondern mehr danach handeln. H. H.

Vom Bliß erschlagen

Bei dem Gewitter am Sonnabendnachmittag wurde der Arbeiter Laube aus Schotwitz vom Bliß erschlagen. Der Unglücksfall ereignete sich auf der Wichelhausallee, kurz hinter der Endstation der Straßenbahnlinie 14.

Das vierte Todesopfer der Mordtragedie

Wir berichteten am Sonnabend von der Mordtragedie in der Auguststraße 200. Der sich selbst verlebte Wälfert Gaußard kochte, welcher nach der Verurteilung in die Einbaumstraße übergeführt wurde, ist inzwischen an den Nachwirkungen des eingenommenen Giftes verstorben.

Rote Kundfunk-Randnotizen

Montag will um 17.30 Uhr Dr. Kramer „Der Lyrif eine Preische“ brechen. Diese Art Lyrik bedeutet heute Flucht aus der Wirklichkeit. — Um 17.50 Uhr Dr. Adler ist deutschnationaler. — 18.05 Uhr bespricht Zentrumsredakteur Salz-burg katholisch und SPD. Marx von Grumbow bürgerliche Zeitschriften. Besonders liebevoll nimmt sich Dr. von Grumbow immer des „Kunstwart“ an, der heute völlig nationalsozialistische Gedanken propagiert. Was sagt denn die „Volkswehr“ zu diesem sonderbaren Parteigenossen (P. J.)?

Dienstag, 15.50 Uhr hoffentlich nehmen die „Schleichen Tage“ des Dr. Grundmann auch einmal ein Ende! — Am laufenden Band bespricht um 17.30 Uhr Herbert Wahlinger Pader über Wirtschaftskrisen.

Mittwoch. Was Grafin Marjasta um 18.10 Uhr im „Gedanken zum Rotkreuz-Tag“ hat, interessiert uns nicht. — Dr. Heindrichs Vortrag über die Reparationen um 19 Uhr an die Hand der übliche offizielle „Parteilosismus“. — Die Tragedie „Angehörig“ von Max Gatz um 20.30 Uhr kommt man schon aus dem Theater.

Die neueste Nummer des „Arbeiter-Sender“ enthält eine scharfe Abrechnung mit der schamlosen Rolle, die gerade der Breslauer Sender im Rahmen der allgemeinen geistigen Kriegsvorbereitung der deutschen Bourgeoisie spielt. Jeder Arbeiterhörer des „Arbeiter-Sender“!

Arbeiter-Photographen. Seit 19.30 Uhr findet eine wichtige Zusammenkunft aller Mitglieder statt. Erscheinen eines jeden ist Pflicht.

Kompol-Fraktion und Beiratsigung

Am kommenden Donnerstag soll im Stadtparlament der Gesamthaushaushalt durchgeprüft werden. Aus diesem Grunde findet am Dienstag, dem 7. Juni, um 19 Uhr, im Sekretariat, Wallstraße 13, eine Fraktionsigung statt, zu der auch die Mitglieder des Kompolbeirates unbedingt erscheinen müssen. Wir fordern alle Organisationen auf, zu dieser Sitzung Anträge einzubringen.

Wir marschieren am 12. Juni, am Solidaritätstag, gegen Hunger und Krieg!

Am 3. Juni verschied nach kurzem Krankenlager unsere liebe gute Mutter

Frau Ottilie Warmus
geb. Ankelmann

im 76. Lebensjahre

Breslau, den 6. Juni 1932

Die trauernden Hinterbliebenen

Beerdigung: Dienstag, d. 7. Juni, 15 Uhr, vom Laurentiusfriedhof

Heraus zur antifaschistischen Kampfkundgebung heute abend im Zirkus Busch

Breslau. In Deutschland ist die Luft. Die Produktionsziffern sinken täglich, der Umsatz im Lande verringert sich und die Zahl der ausgebeuteten Erwerbslosen wächst und damit der Hunger und das Elend.

Das Kabinett der reaktionären Konzentration bereitet die offene faschistische Diktatur vor, und der Krieg soll das Axiom sein, welches die Gegenläge zwischen arm und reich überbrücken soll. Deshalb brüllen die Faschisten und nationalen Kriegshäher zum Krieg gegen die Sowjetunion, in der die nationale Unterdrückung der Völker und die Ausbeutung der Arbeiterklasse befreit ist.

Die Massen der Proletariat sehen dieser gefährlichen Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit entgegen, und sie erkennen täglich immer mehr die Notwendigkeit der Bildung der einheitlichen Kampf-front gegen den Hunger, Faschismus und imperialistischen Krieg. Es regt sich in den Massen der organisierten und unorganisierten Arbeiter, auf die die Hungerpeinliche niederläßt, immer mehr der einheitliche Kampfeswille gegen die kapitalistische Hungeroffensive. Gleichzeitig erkennen die Proletariat, daß heute die Bildung der Einheits-front und die Schaffung des Kampfbündnisses der Erwerbslosen mit den Betriebsarbeitern die wichtigste Aufgabe ist, die vor ihnen steht.

Die Einheitsfrontbewegung in Schloffen und auch in Breslau hat ihre ersten Anfänge gezeigt. In Zagan, in Gottesberg, Volkendain, Landesgut, Grünberg und noch in einer weiteren Reihe von Ortschaften haben sich die Arbeiter der SPD., SAP., KPD. zusammengeschlossen zum einheitlichen Abwehrkampf der faschistischen Angriffe. Auch in Breslau haben in den verschiedenen Stadtteilen die Arbeiter der verschiedenen Parteien zu den Kampf-aufgaben Stellung genommen und provisorische Kampfausschüsse ge-

bildet. Die für heute abend im Zirkus Busch organisierte antifaschistische Kampfkundgebung soll dazu beitragen, endlich die rote Einheitsfront zum Kampf gegen Hunger, Faschismus und Krieg zu bilden. Jedoch die antifaschistische Aktion wird erst dann eine wirkliche antifaschistische Aktion sein, wenn sie mit dem Kampf gegen den Nordterror der Nazis den Widerstand gegen die Hunger-maßnahmen der Kapitalisten verbindet. Hier gilt es alle Arbeiter von der Notwendigkeit dieses Kampfes und der Einbeziehung in die rote Einheitsfront zu überzeugen.

Kollegen der SPD., her zur roten Einheitsfront!

Die sozialdemokratischen Führer versuchen aus neu, die Arbeiter durch ihre radikalen Töne von der antifaschistischen Aktion und der roten Einheitsfront abzuhalten. Deshalb haben sie auch für heute in der letzten Minute zu Diktatorverfammlungen aufgerufen, um ihre Mitstreiter von der Kampfkundgebung fernzuhalten. Die sozialdemokratischen Arbeiter dürfen sich jedoch durch diese Methode nicht davon abhalten lassen, gemeinsam mit den Arbeitern der SPD., SAP., der KPD. und den Parteilosen heute abend in der antifaschistischen Kampfkundgebung zu erscheinen und dort gemeinsam die Maßnahmen zu beraten und zu beschließen, die im Interesse jedes einzelnen notwendig sind.

Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, jeder Jungarbeiter trägt heute in dieser ersten Stunde die volle Verantwortung für die Dinge, die da kommen. Deshalb hinweg mit jeder Passivität, steigert die Aktivität der Arbeiterschaft in jedem Betrieb, an jeder Stempelstelle, heraus zur antifaschistischen Aktion!

Vom Hakenkreuz zur roten Fahne

18 N.-Proleten kommen mit ihrem Sturmführer zur roten Klassenfront

Breslau. Immer mehr beginnen die irreführten Arbeiter im Lager der SPD. und der Nazipartei zu begreifen, daß sie unter Anwendung der Einheitsfront gegen das faulende kapitalistische System den unvermeidlichen Kampf führen müssen. Als Antwort auf die Hunger-offensive der Kapitalisten durch Herabsetzung der Unterernährungs-lage und den Lohnraub organisieren die Arbeiter den Kampf und ver-hinderten bereits in einigen Orten durch die antifaschistische Aktion die weitere Ausdehnung.

Alle diese Kämpfe, die wir in letzter Zeit auch in Schloffen hatten, fanden unter Führung der Kommunisten, die überall dort, wo Arbeiter kämpfen, an der Spitze marschieren. Die Organisierung des Kampfes zeigt den Arbeitern das wahre Gesicht der Führer von Rechts bis zur Sozialdemokratie, die die historische Aufgabe haben, die sich bildende Einheitsfront zu verhindern. Tausende sozialdemokratischer Arbeiter kamen bereits während der Kampfesmobilisierung zur roten Einheitsfront und zur kommunistischen Partei. Tausende werden noch den Verrat und die arbeitserfeindliche Politik ihrer Führer erkennen und zur roten Klassenfront kommen.

Aber auch im Lager der Nationalsozialisten, in welchem sich große Massen irreführter Proleten befinden, macht sich der revolutionäre Wille zum Kampf bemerkbar. Der vorhandene Klassenunterschied im Lager der Nazipartei ist doch zu groß, als daß er von den demagogischen Führern, die in blöder Weise von „Klassenverbühnung“ sprechen, verhindert werden kann. Der Kampfgeist des Genossen Scherlinger ist bei den N.-Proleten nicht ungehört verhallt. In zahlreichen N.-Sturmen ist man unzufrieden über die immer und immer wieder verstrickende Politik ihrer Führer. Die Arbeiter sehen, wie die Kommunisten tagtäglich den wirklichen Kampf im Betrieb und an den Stempelstellen gegen Notverordnungs-diktatur organisieren und führen. Noch sind sie zwar nicht so weit, daß sie offen die Reihen der braunen Front verlassen, noch immer haben sie einen Funken Hoffnung, daß Führer eines Tages doch noch die Freiheit bringen wird; doch ihre Zweifel sind aber bereits ebenso groß wie ihre Hoffnungen.

Für diese unsere Feststellung gibt es bereits eine Reihe von Beweisen. Der N.-Sturm in Schreibendorf, Nr. Strehlen, hat als erster in Schloffen die Luft überschritten, die ihn von den Klassen-gebrüdern in der roten Einheitsfront trennte. Zu offensichtlich war den in dieser Ortsgruppe vereinigten N.-Leuten der nicht zu über-brückende Unterschied zwischen den Nazigrößbauern und ihnen. Man wollte sie aufheben gegen die Kommunisten in den umliegenden Dörfern, insbesondere gegen die Arbeiter in den Kleinbäuden. Aber ihre Klassenbewußtsein, welches sie sich trotz aller Verhegung doch noch zu einem gewissen Grade gewahrt hatten, sagte ihnen, daß die Arbeiter-schaft nicht ihr Feind sein kann, sondern ihr Freund ist, im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Sie erkannten ganz recht, daß der wahre Feind im eigenen Dorfe liegt, der am Tore des Großbauernhofes beginnt und im Schloß des Junkers sitzt, dessen Interessen sie schützen sollen. In herzlichster Überzeugung erkannten sie, welches Spiel mit ihnen getrieben werden sollte. Deshalb riefen sie zu einer Versammlung auf, um allen Kameraden, allen Landarbeitern und werktätigen Bauern zu sagen, wer die Interessen der Dorfarmut vertritt. Ein Saal wurde besetzt und die Genehmigung wurde vom Amtsvorsteher für die Versammlung eingeholt. Hunderte von Land-

arbeitern und Kleinbauern diskutierten darüber, verbrachten in die Verfammlungen zu kommen, die für Freitag, den 3. Juni, angesetzt wurde.

Nur durch den revolutionären Klassenkampf ist nationale und soziale Befreiung möglich

In diesem Dorf, wo bisher nur Stahlhelm und Nationalsozialisten dominierten, war es eine Sensation, daß hier eine kommunistische Verfammlungen stattfinden sollte. Die reaktionären Kräfte des Dorfes begannen dagegen zu wüteln. Der Amtsvorsteher sagte am letzten Tage den Saal ab, und der Amtsvorsteher erließ ein Verbot der Verfammlungen. Hunderte von Landarbeitern und Kleinbauern waren jedoch erschienen, noch einmal wurde beim Amtsvorsteher versucht, die Genehmigung für die Verfammlungen zu bekommen, jedoch er lehnte provokatorisch ab. Eine ungeheure Entrüstung bemächtigte sich der Entscheidung. Nur der Fühler der Massen war es zu ver-danken, daß sein Haus nicht gekürrt wurde. Hier wurde den ehemaligen Naziarbeitern ganz augenscheinlich bewiesen, was Genossen sind die „Ditsegewaltigen“ sind. Solange sie bei der N. waren, gab es niemals Schwierigkeiten, aber gegen Kommunisten geht man mit den schäblichsten und brutalsten Mitteln vor. Jedoch die Arbeiter-schaft läßt sich ihren Kampf nicht verbieten. Praktisch marschierte alles zum Dorfe hinaus, Landarbeiter vom Kommunium, werktätige Bauern aus der Umgebung, die junge und alte Generation. Un-gefähr 200 Personen verfammlten sich im Dämmerricht auf einer Wiese und hörten mit Aufmerksamkeit den Ausführungen eines kommunistischen Arbeiters zu. Er zeigte den Anwesenden den Grund der Sabotage des Hakenkreuzes und des Amtsvorsteher auf. Man will dadurch verhindern, daß noch mehr Landarbeiter erkennen, daß sie im falschen Lager stehen und den Weg zur roten Klassenfront an-zutreten müssen. Am Hand der politischen Situation zeigte er die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Hungerdiktatur. Großer Beifall setzte ein, als der Genosse die Arbeiter aufrieferte, nach dem Beispiel von Zagan, Landesgut, Dirschberg usw. die Kampffront zu schließen zur Beilegung des Hungers, für die nationale und soziale Befreiung durch den Sieg der Volksrevolution. Begeistert hörten die Massen dem Rotgardistenmarsch der Banjener Schalmeienkapelle zu

Am Dorf durften wir Kommunisten nicht sprechen; draußen auf der Wiese, unter freiem Himmel, da wurde eine Orts-gruppe der SPD. von 18 ehemaligen N.-Leuten gegründet. Freierlich gaben sie allen Arbeitern das Versprechen, die Worte des Genossen in jede Wohnung, in jedes Haus, wo Arbeiter und Ausgebeutete wohnen, hineinzutragen. So wachen wir aus dem faschistischen Schreibendorf eine Hochburg der kommunistischen Partei.

Dieses Beispiel zeigt, wie die Stimmung in den N.-Sturmen ist. Unsere Genossen müssen nach dem Beispiel der Ortsgruppen im Münsterberger Kreise die Bearbeitung der proletarischen Anhänger der Nationalsozialisten verfahren. Gehen wir mit größerer Kraft an die Gewinnung dieser Schichten heran und schaffen wir mit ihnen und den Millionenmassen sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter die kampfeschliffene Mehrheit der Arbeiterklasse als Voraussetzung des Sieges der proletarischen Revolution.

Schöne weiße Zähne

Schon nach einmalig. Wachen mit der herrl. erfrisch. schmeckenden „Chlorodont-Zahnpaste“, schreibe uns ein Raucher. Tube 50 Pf. und 80 Pf.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Erich Sobbe, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Feindrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Gallam, Breslau. — Verlag und Druck: Schleifische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Kulturreaktion in Lehmwasser

Sind die Zusammenkünfte der reformistischen Sportburekratie erlaubt, erlauben diese Kassenbesitzer Sportler einen roten Sportplatz. Der Sportplatz in Lehmwasser ist ein reformistischer Sportplatz, der von den bürgerlichen und reformistischen Vereinen besetzt ist. Das heißt, daß während der Zeit nicht benutzt werden kann. Der rote Sportplatz sollte nach Anfang März den Sportplatz Lehmwasser der Gemeinde Lehmwasser an der Gemeindeverwaltung übergeben werden. Der Antrag gegen zwei Stimmen abgelehnt mit der Begründung, daß die Mitglieder nicht genügend versichert sind. Der Gemeinderat mußte sich aber belassen lassen, durch Verlangen der Sportler. Die weitere Überwachungsfrage wird höher sind als die der Gemeinderat. Der Verein sollte darauf bestehen, die Gemeinderat zu überzeugen. In der am 19. Mai stattgefundenen Sitzung wurde der Antrag abgelehnt, mit der Begründung, daß die Mitglieder nicht genügend versichert sind.

Die Kulturreaktion ist eine vom bürgerlichen, und es kann sich da nicht um einen roten Sportplatz handeln. Die Kulturreaktion ist eine vom bürgerlichen, und es kann sich da nicht um einen roten Sportplatz handeln. Die Kulturreaktion ist eine vom bürgerlichen, und es kann sich da nicht um einen roten Sportplatz handeln. Die Kulturreaktion ist eine vom bürgerlichen, und es kann sich da nicht um einen roten Sportplatz handeln.

Über die Freude, daß der rote Sportverein lauter geht, werden wir nicht mehr schreiben. So wie hier im kleinen ist verhält man es im großen. Es geht deshalb, daß alle Kassenbesitzer Sportler die Kassenbesitzer Sportler und Mitglieder der Kampfgemeinschaft für rote Sportplätze werden.

Verjüchter Ausschluß der Sportburekratie mizlungen

Waldenburg-Altmarkt. Am Sonntag, dem 29. Mai, fand in Waldenburg ein außerordentliches Mitgliederversammlung der Sportburekratie statt. Die Versammlung wurde von der Sportburekratie geleitet. Die Versammlung wurde von der Sportburekratie geleitet. Die Versammlung wurde von der Sportburekratie geleitet. Die Versammlung wurde von der Sportburekratie geleitet.

Die Versammlung wurde von der Sportburekratie geleitet. Die Versammlung wurde von der Sportburekratie geleitet. Die Versammlung wurde von der Sportburekratie geleitet. Die Versammlung wurde von der Sportburekratie geleitet.

Einheitsfront der Arbeiterportler in Hausdorf

Der Sonntag, dem 29. Mai, fand der rote Sportverein in Hausdorf ein außerordentliches Mitgliederversammlung. Die Versammlung wurde von der Sportburekratie geleitet. Die Versammlung wurde von der Sportburekratie geleitet. Die Versammlung wurde von der Sportburekratie geleitet. Die Versammlung wurde von der Sportburekratie geleitet.

Neue Kämpfer für die rote Sporteinheit

Die Kämpfer für die rote Sporteinheit sind die Kämpfer für die rote Sporteinheit. Die Kämpfer für die rote Sporteinheit sind die Kämpfer für die rote Sporteinheit. Die Kämpfer für die rote Sporteinheit sind die Kämpfer für die rote Sporteinheit.

Berein im bürgerlichen Lager solidarisiert sich mit Rot-Sport

Im Zeichen der bürgerlichen Solidarität sind unsere Genossen im bürgerlichen Lager solidarisiert sich mit Rot-Sport. Im Zeichen der bürgerlichen Solidarität sind unsere Genossen im bürgerlichen Lager solidarisiert sich mit Rot-Sport.

Der Reichs-Fußballmeisterschaft entgegen

Zur Teilnahme der Landesmeisterschaft führt die Landespartei Berlin-Waldenburg der R. F. Fußballklub durch. Zur Teilnahme der Landesmeisterschaft führt die Landespartei Berlin-Waldenburg der R. F. Fußballklub durch.

Sport vom Sonntag

Schwarz-Weiß I - Fichte-Club I 5:2

Schwarz-Weiß spielte bei Fichte-Club in Gabe und gewann mit obigem Resultat. Die Fichtener setzten in der ersten Halbzeit hartnäckigen Widerstand entgegen und konnten zuerst 1:0 und später 2:1 in Führung gehen. Das zur Halbzeit gleich Schwarz-Weiß aus. Bei Wiederantritt setzte Schwarz-Weiß einen Zwischenstopp an und konnte drei weitere Tore für sich buchen. Beide Mannschaften führten ein schönes Werkspiel für Rot-Sport vor. Die zweiten Mannschaften beider Vereine trennten sich 0:0, während Schwarz-Weiß 1. Jugend Fichte-Club 3. Mannschaft 4:1 bewältigte.

Schwarz-Gelb I - Dynamo I 8:0

Das tolle Spiel sowie die technisch besseren Leistungen der Schwarz-Gelben verhalfen diesen zu eben erwähntem hohen Siege.

Süd I - Grün-Weiß I 1:0

Auf der Weidenwitzer Wiese trafen obige Mannschaften. Die verbesserte Südmannschaft siegte nach ziemlich ausgeglichener Spiel 1:0. Vorher spielte Janal West III gegen Süd III. Hier gewann Süd 3:0.

Janal-Club - Spielvereinigung 4:1

Die Fortuna-Besitzerin mußte an der verlängerten Herdahnstraße eine Niederlage hinnehmen. Nachdem die mit zwei schönen Toren in Führung gegangen war, konnte Spielvereinigung bis Halbzeit eins davon aufheben. Nach Wiederantritt waren noch zwei weitere Tore das Ergebnis der eifrigen Disziplin, während sich Spielvereinigung den Spielereifer durch gegenseitiges Anpöbeln selbst raubte. Janal-Club II kam über Spielvereinigung II zu einem beachtlichen Sieg 3:0 (Halbzeit 4:0).

Tischtenniswettkampf Fichte - Janal-Club 7:1

Die Fichte-Turner zeigten schönes und technisches Tischtennis. Sie gewannen sämtliche Männer-Einzel- und Doppelspiele, während Janal das Frauenpiel gewann. Satzverhältnis 15:1.

Agitationsbezirk Waldenburg

Stern I Jirau (N.G.) - VfM. I Freiburg (N.S.B.) 5:4 (2:3)

In letzter Stunde kam ein Zielabschluss zwischen Stern-Jirau und den revolutionären Mitgliedern von VfM-Freiburg zum Abschluss. Stern-Jirau, bis auf den als Ersatz eingestellten Güter, hatte alle Hände voll zu tun, um nicht ins Hintertreffen zu geraten. Das Spiel demonstrierte es richtig, wie Arbeiter ihren Fußball spielen sollen. Nicht die Zuschauer sollen das Tempo und die Spielweise bestimmen, sondern die Spieler sollen und müssen wissen, daß sie in ihrem Zielgegner den Genossen vor sich haben und als solchen dessen Körper genau so wie den eigenen vor Verletzungen schonen müssen. Zum Spiel, das nach gesagt werden, daß der Gaißacher im Feldspiel ein Plus für sich hatte, was die Gäste jedoch durch erfolgreiche Zurückdrängungsarbeit auszugleichen verstanden und bis zum Ende von

1:1 fast in Führung gingen. Ein nicht verwandelter Hand-Erfolger brachte die Freiburger um den Ausgleich zum 3:3. Genosse Bittoli (siehe Nieder-Satzbeun) hatte leichtes Antieren und war in den wenigen, aber sich notwendig machenden Entscheidungen torrett.

Sturm-Sandberg I - Rot-Weiß I 2:2

Die Breslauer wollten zum fälligen Retourspiel in Sandberg und konnten ein Unentschieden erzielen. Beide Mannschaften führten ein nettes Spiel vor und zeigten gute Leistungen. Rot-Weiß kann bis zur Pause 1:0 in Führung gehen. Nach dieser sendet Sandberg zweimal ein, während Rot-Weiß im Endspurt wenige Minuten vor Schluß den Ausgleich schafft. Bei den zweiten Mannschaften siegte Sturm 7:3.

Fichte I Striegau - Freie Sportfreunde I Jauer 2:1 (2:1)

Zum Glück für Striegau ist dieses Spiel gewonnen. Ein entschlossener Innensturm hätte einen Sieg für die Gäste gebracht. Spielt Jauer in dieser Form auch die kommenden Spiele mit einer besseren Stürmerleistung, werden Erfolge nicht ausbleiben. Das Spiel war jederzeit merkwürdig für die roten Sportler. Die zweiten Mannschaften trennten sich mit 1:1. Auch hier hätten die Gäste der Sieger stellen können.

Schlägerei im Punktekampf bei den Reformisten

Das sportliebende Publikum von Freiburg und Umgegend wurde für Sonnabend, den 4. Juni, zum letzten Frühjahrsferienpiel VfM-Freiburg gegen Ring-Sandberg im Freiburger Stadion eingeladen. Trotz des Regenwetter die Zuschauer bis auf die Unentwegten vom Besuch abgehalten, so wurde die kleine Zahl der Erschienenen vom Spiel der ersten Mannschaften sehr enttäuscht. Widerte sich die erste Halbzeit noch im äußersten Rahmen der arbeitssportwürdigen Spielweise ab, so brachte die zweite Halbzeit die Kehre der Punktepiele. Die Ring-Deute, durch die zweite Torentscheidung des Schiedsrichters, waren etwas in Stimmung geraten und nahmen jede Gelegenheit wahr, um sich ihr Mühen, ganz gleich in welcher Form, zu fühlen. Eine unbewußte Unfairness eines Freiburger Spielers nahmen sie (trotzdem der Schiedsrichter die folgerichtige Entscheidung schon getroffen hatte) zum Anlaß, um den Freiburger Spieler mit Ohrfeigen zu traktieren. Das das Spiel nun in der weiteren Folge alles andere als einen schönen Verlauf nahm, ist für jeden Kenner dieser Vorfälle klar. Wenn auch der Schiedsrichter einen kleinen Teil Schuld durch allzu große Nachsichtigkeit trägt, so fällt doch der größte Teil der Schuld von diesen Vorfällen auf die Spieler und ihre „Partei-anhänger“ zu. Die Zusage des Publikums beruhigen nicht den schon ohnehin erraten Spieler, sondern bewirken das Gegenteil. Vereinstanatik bedient sich ruhig zu ebengenanntem Vorgang ihr Nötiges dazu bei. Bei dieser Gelegenheit wollen wir unsere maßgebenden Funktionäre darauf hinweisen, bei unwürdigen und probierenden Vorfällen innerhalb unserer sich stürmisch aufwärts entwickelnden Sportbewegung ganz energisch durchzugreifen und für Entfernung der schuldigen Elemente aus unserer Sportbewegung Sorge zu tragen, falls Aufforderung zur Besserung ohne Erfolg bleibt.

Im Zeichen der Weltproletkriege 1933 in Woblen



steht das Schlesische Landesportfest sämtl. Sparten der roten Sportler in Breslau. - Schon heute rüffel die revolutionäre Arbeiterschaft Breslaus für das

Rote Sportfest am 18. u. 19. Juni in Breslau

Zur Eröffnung des Landesportfestes Rot-Sport auf der Bühne

Wir veröffentlichen heute das Programm zum Saalsportfest der Roten Sportler im Lunapark. Die Arbeiterschaft möge sich den 18. Juni freihalten, um zu sehen, was die Kampfgemeinschaft auch in Schloßen nach so kurzem Bestehen leisten kann. Verschiedene Vereine aus der Provinz haben ihre Beteiligung am Saalsportfest bereits zugesagt. Die Eintrittspreise sind 20 Pfg. für Erwachsene und 10 Pfg. für Volkarbeiter.

Wir bringen anschließend die Beteiligung der auswärtigen Vereine sowie die gesamten Vorbereitungen:

Landeshut und Döbeln erscheinen auf der Bühne. Götlich führt einen Box- und Ring-Kampf gegen Breslau durch. Die Artisten aus Lehmwasser sowie die roten Radler aus Hausdorf werden ihr Können zeigen. Als besonders sportliche Delikatesse ist der Gymnastik-Vortritt Döbeln-Landeshut-Breslau zu betradhten.

Die Breslauer Sportler werden gleichfalls ein vielseitiges Programm entfalten. Die Turner üben bereits fleißig zu den Bühnenfreübungen. Einige Szenen über unsere sportpolitische Arbeit werden weiter von den Turnern geübt. Die Wanderpartie zeigt einige Bilder über Betriebsarbeit der roten Sportler. Die Fichte-Musikgruppe ist wie immer dabei. Besonders zu erwähnen sind die Ringkämpfe der roten Ringer. Ein Gerätemettkampf der Turner ist eine Selbstverständlichkeit.

Dieses vielseitige Programm der roten Sportler müßte genügen, um reges Interesse für das Landesportfest zu wecken.

Die Parole der Breslauer Arbeiterschaft für den 18. und 19. Juni kann nur lauten: Auf zum Landesportfest der roten Sportler! Für die Kämpfe am Sonntag ist der Sportplatz Gröbchen (am Gartenberghügel) festgemacht.

Sportausführung

Dienstag, den 7. Juni, Sitzung aller Vereinsleiter im Fichte-heim.

Bundesverein „Einigkeit“-Emsbörn im Wettkampf mit roten Sportlern

Trotz aller Schikanen der reformistischen Bundesleitung hat sich der Bundesverein „Einigkeit“-Emsbörn von der Durchführung eines Solidaritätsspiels im Ringen mit dem roten Sportverein Verreheim-Düffeldorf nicht abbringen lassen. Beide Mannschaften wurden von den zahlreich erschienenen Publikum stürmisch begrüßt. Die Veranstaltung fand im Zeichen der verstärkten Formierung der Einheitsfront statt. Die Vorrunde gewann „Einigkeit“-Emsbörn mit 8:3. Das Endresultat konnte „Einigkeit“-Emsbörn auf 18:4 stellen.

um die Meisterschaft im Rheingebiet gab es am vergangenen Sonntag Überreichungen auf der ganzen Linie. In den Vorrunden siegen der Bezirksmeister wurde Ramscheid von Darmstadt-Friedrichshof mit 2:1 geschlagen. Der Sportklub 1912 Ehrfeld verlor gegen Vöhrerbeide 2:3, Köln-Wülheim siegte gegen Aachen 2:0.

Halle schlägt Leipzig 8:3

Die Handballabteilung trug am vergangenen Sonntag in Halle ein Stadtspiel Halle-Leipzig aus. Den zahlreichen Zuschauern wurde ein technisch gutes und flottes Spiel gezeigt. Halle hatte in der Einzermannschaft die härtere Straße. Bei der Pause konnte Halle das Resultat bereits auf 3:1 stellen.

Nazi-Schandt gegen Arbeiterportler

Unter Pseudonym in Stolzenhain (Westl. Eberwerda) hat zur Propagierung unserer Bewegung einen Ausdankstellen zur Aufstellung gebracht. Das war dem Nazis Anlaß, diesen Kasten ständig mit Dolchkrängen zu beschmücken. Jetzt sind die Jünger des Dritten Reiches zu einer noch größeren Gemeinheit fähig gewesen, indem sie über Nacht den Kasten unseres Vereins vollkommen mit brauner Farbe beschmückt haben. Wirklich: wollten die SA-Kolonnen Adolfs des Großen damit ihre „göttliche Überlegenheit“ beweisen.

Leide war es für den Landgendarmen, bei einem Genossen nach dem Roten Frontkämpferbund zu suchen, aber die SA-Schmierer verhinderten, dazu hatte er keine Zeit! An alle roten Sportler aber ergeht der Ruf: Antwortet diesem Nazispindel mit verstärkter Werbearbeit für die rote Sportbewegung, werdet Kämpfer gegen den Faschismus!

Was ist mehr als jämmerlich?

Die Broschüre, die der Bundesvorstand des NSB herausgegeben hat. Diese Broschüre wird naiver als Abrechnung mit den roten Sportlern bezeichnet. Sie setzt sich zusammen aus einer Sammlung veralteter, gefälschter, verdrehter und verlogener „Materialien“. Diese abgedrehten Märchen sollen demnach vertont in einem Liederbuch für reformistische Sportführer verwendet werden.

Wir geben die Antwort

indem wir sofort in allen Vereinen, Abteilungen und Gruppen einen Literaturmann wählen und der Reichsleitung melden; indem wir alle sich bietenden Gelegenheiten für den Vertrieb unserer Kampf- und Agitationsbroschüren ausnützen; indem wir unsere Parole: Keine sportliche Veranstaltung, keine Versammlung, keine Fahrt ohne einen von uns organisierten Literaturvertrieb! überall verwirklichen.

Landesportfest

Auswärtige Vereine, welche zum Landesportfest am 18. Juni Fußballspiele mit Breslauer Vereinen austragen wollen oder besondere Wünsche in der Wahl ihrer Gegner haben, bitten wir baldigst um ihre Meldungen an Wigala, Breslau, Poststraße 51.

Upton Sinclair ruft zum Antikriegskongress

Aus Paris wird gemeldet, daß bei dem internationalen Büro für die Vorbereitung des Genfer Kongresses ein Brief von Upton Sinclair eingegangen ist, in dem er über die drohende Kriegsgefahr spricht, die Einberufung des Kongresses begrüßt und wörtlich mitteilt:

„Ich telegraphierte Ihnen bereits, daß ich den Aufruf zum Kongress unterzeichne. Ich hoffe, daß die Verhältnisse meine Teilnahme nicht unmöglich machen werden.“

Die Tatsache, daß neben anderen Persönlichkeiten, die den Aufruf für die Einberufung des Kongresses schon unterzeichnet haben, sich auch Upton Sinclair für die Einberufung des Kongresses einsetzt und daran teilnimmt, beweist am besten, ein wie starkes Echo die Initiative von Romain Rolland und Henri Barbusse zur Folge hatte.

Noch stärker, noch breiter muß der Widerhall des Aufrufes sein und der Kongress muß sich zu einer machtvollen Kundgebung gegen ein neues Kriegsverbrechen gestalten. Nehmt in allen Betrieben und Organisationen Stellung.

Die Kriegsverbrecher beken

Nehmt überall Stellung! Wählt Delegierte!

E. P. Tokio, 2. Juni. In hiesigen offiziellen Kreisen zeigt man sich nicht nur überrascht, sondern auch höchst erregt durch die Propaganda, die in Paris unter Führung Geelis, Romain Rollands, Barbusse und anderen für einen Welt-Antikriegsverband mit deutlich gegen Japan gerichteter Spitze betrieben wird.

Die Kriegsverbrecher speien Gift und Galle. Sie spüren, der Aufruf der weltbekanntesten christlichen Kriegsgegner zum internationalen Antikriegskongress hat gezündet. Die Millionenmassen von Paris bis Tokio sind in Bewegung, die Verteidigung der sozialistischen Sowjetunion zu organisieren, weil sie damit ihre eigenen Lebensinteressen verteidigen.

Es wird nicht beim Protest der japanischen Kriegsverbrecher gegen den Antikriegskongress am 25. Juli in Genf bleiben! Die Kriegsverbrecher fürchten jede Massenaktion gegen den Krieg. Der Haß, mit dem die Rüberkapitalisten die revolutionäre Antikriegsbewegung verfolgen, muß die heute noch zögernden Werkstätten in unsere Front bringen. Jeder Betrieb, jede Gewerkschaft, jede Organisation nehme Stellung zum Aufruf des Antikriegskomitees und wähle einen Delegierten nach Genf.

Scharfe Zuspitzung der Lage in Syrien

Stambul, 2. Juni. Die türkische Presse veröffentlicht telegraphische Berichte aus den Grenzorten Syriens über die äußerst gespannte politische Lage in Syrien. In Aleppo wurden im Hofe des Gouverneurgebäudes drei angesehene Beamte ermordet. Der Gouverneur, der verschiedentlich Drohbriebe erhalten hat, hat um seine Entlassung gebeten. Sein Rücktrittsgesuch ist jedoch von den französischen Behörden nicht genehmigt worden. Die Erregung unter der Bevölkerung über die Behörden ist so groß, daß französische Beamte es kaum noch wagen, sich in den Straßen zu zeigen. Wie aus den Berichten der türkischen Presse hervorgeht, sind in Syrien in der nächsten Zeit ernste Ereignisse zu erwarten.

Meuterei der Luftflotte in Chile

III. Santiago de Chile, 4. Juni. Unter der Führung des Obersten Marmaduke Grove ist eine Meuterei der Luftstreitkräfte ausgebrochen. Die Regierung hat den Belagerungsstatus erklärt. Sie versucht, den Flughafen mit treu gebliebenen Truppen zu umstellen. Es erscheint fraglich, ob sie imstande sein wird, den Aufstand niederzukämpfen, da auch andere Truppenteile mit den Aufständischen sympathisieren.



46. Fortsetzung. Copyright by „Rote Fahne“, Berlin 1932.

„Ja“, sagte Luise. „Ich bin Mitglied der Freien Sozialistischen Jugend und stolz darauf, daß es einen Karl Liebknecht gibt, der gesagt hat, daß dem Krieg des Kapitalismus die soziale Revolution der Arbeiterklasse entgegengetreten wird!“

Luise sprang vom Leiterwagen herunter. Ihre Knie zitterten vor Aufregung. Sie hatte noch nie vor einer so großen Menge gesprochen und war noch nie dem Kreuzfeuer von Zwischenrufen ausgesetzt. Der Major war schon längst verschwunden. Durch eine graue Masse von Soldaten ging Luise. Sie sah sie an, alte, bärtige und junge Gesichter mit leuchtenden Augen. Augen, in denen die Freude der Freiheit, das Feuer der Revolution schimmerte. Stimmengewirr scholl über den Hof. Ganz vorne an der Gürtelkette der Toreinfahrt stand auf einem Betonsockel ein großer, riesiger Soldat. Schwarze, graue Augen blinzelten aus einem von braunen Haaren umwachsenen Gesicht. Der Mantel, den er trug, war durchlöchert, zerrissen und viel zu kurz. Seine Füße steckten in wuchtigen Stiefeln. Er schwang ein Gewehr in der Hand und schrie:

„Habt ihr es gehört, Kameraden? Eine Frau hat gesprochen, wir sollen die Herren abschütteln und unsere Interessen verteidigen. Wir müssen wachsam sein, nicht eine halbe, sondern eine ganze Revolution machen. Wir haben immer gesagt: Alle Kader stehen still, wenn unser harter Arm es will, und nun schweigen auch die Kanonenrohre, und wir haben unsere Gewehre gesenkt und aufgehört, die Menschen auf der anderen Seite, die Arbeiter sind wie wir, niederzuschießen. Alle werden sie jetzt kommen und sagen, der Krieg ist aus, die Revolution beginnt. Revolution — das heißt Schluß machen mit dem herrschenden System! Alle müssen es wollen, alle! Hunderttausende wird es geben, die Regen in

Weißbandit in Mandchurei-Kommission

Zolle Provokation des Völkerbundes gegen die Sowjetunion: Weißgardist als „Autorität in russischen Fragen“ in der Mandchurei / Der Vertreter Deutschlands deckt den Skandal

Peking, 3. Juni. Laut Meldung aus Mukden begibt sich die aus Dairen zurückkehrende Völkerbundkommission, die ihre „Arbeit“ in der Mandchurei als beendet betrachtet, nach Peking.

Die „Mandchurian Daily News“ teilen u. a. eine sehr interessante Einzelheit aus der Tätigkeit dieser Kommission mit: Wie sich herausstellt, ist einer der hochgestellten Beamten der Kommission ein gewisser Pastuchow, ein russischer weißgardistischer Emigrant, der tschekische Staatsbürgerschaft angenommen hat. Wie die Zeitung berichtet, entfaltete dieser Pastuchow, der eine „Autorität in russischen Angelegenheiten“ ist, während des Aufenthalts der Kommission in Charbin, eine große Aktivität in den dortigen weißgardistischen Kreisen. Er besuchte den bekannten Ataman Semjonow, angeblich, „um die Lage der russischen Emigranten in der Mandchurei aufzuklären.“

Selbstverständlich sind Lord Lytton und die anderen Mitglieder der Kommission über die aktive antibolschewistische Tätigkeit ihres wertigen Mitarbeiters Pastuchow unterrichtet. Selbstverständlich weiß auch Herr Dr. von Schne, Deutschlands Vertreter in dieser Kommission, davon. Aber dieser Herr deckt alle japanfreundlichen Berichte der Kommission mit seinem

Namen, findet kein Wort des Protestes über die unerhörte Vergewaltigung des mandchurischen Volkes durch die japanische Soldateska. Der deutsche Vertreter findet die Zusammenarbeit mit einem offen antisowjetischen Weißgardisten anscheinend genau so in Ordnung wie Japans Raubzug in der Mandchurei.

Hailun von Japan besetzt

Charbin, 3. Juni. Telegraphenunion meldet, daß die Japaner die 200 Kilometer nördlich von Charbin liegende Stadt Hailun eingenommen haben. Hailun ist als Endhaltestelle der Eisenbahnstrecke Charbin-Hailun militärstrategisch von großer Bedeutung.

Griechische Regierung wieder gestürzt!

Athen, 3. Juni. Die am 27. Mai nach dem Sturz Benizelos durch den Generalstreik der Postler gebildete Regierung Papannastasia ist von der Massenempörung wieder hinweggefegt worden.

„Depressioniskonferenz“!

New York, 2. Juni. Präsident Hoover hat England mitteilen lassen, daß die amerikanische Regierung mit dem Vorschlag, eine Weltwirtschaftskonferenz abzuhalten, einverstanden sei. Die Tagung, die überall bereits „Depressioniskonferenz“ genannt wird, soll nach Lausanne wahrscheinlich in London abgehalten werden.

Die bürgerliche Presse beginnt schon, sich über den allgemein erwarteten Mißerfolg der für den 16. Juni angelegten Konferenz zur Regelung der Reparationsfragen in Lausanne mit der Verdröpfung auf die Depressioniskonferenz hinwegzusetzen, obwohl keinerlei Veranlassung dazu besteht.

Streifunruhen in Spanien

Paris, 4. Juni. Nach einer Havasmeldung aus Cadix haben sich in Medina Sidonia ernste Streikzwischenfälle ereignet. Bei Zusammenstößen, an denen zweihundert Streikende beteiligt waren, sind viele Personen verletzt worden. Bisher werden zwei Tote gemeldet.

Reaktionärer Marsch auf Washington

New York, 3. Juni. Die nationalistische Vereinigung der Kriegsteilnehmer in Amerika, den deutschen Kriegsveteranen vergleichbar, hat ihre Anhänger zu einem Marsch nach Washington aufgerufen, um die Rolloauszahlung der Staatspensionen für Heeresangehörige durchzusetzen.

Die Teilnehmer an diesem Marsch terrorisieren die Landstrassen. Alle Städte geben ihnen kostenlos Massenmepelung und Massenquartiere. Die Polizei, die gegen die Hungermärsche der Arbeitslosen mit unerhörter Brutalität vorgegangen ist, unternimmt nichts.

1930 wurde im Senat ein Gesetz angenommen, wonach der Heeresangehörige für jeden Unfall und jede Krankheit, die er sich nach dem Kriege zugezogen hat und die zur Arbeitslosigkeit führte, eine Staatspension erhält. Diese Pensionsforderung an den Staat wurde bis zu 22 Prozent belassen. Nunmehr verlangt die Vereinigung der Kriegsveteranen die volle Auszahlung der Staatspensionen. Obwohl diese Forderung das Staatsdefizit um 10 Milliarden Mark vergrößert wird, ist damit zu rechnen, daß der Kongress nachgeben und der Prätorianergarde die geforderte Summe auszahlen wird.

Kampfesgrube den Verweigerern der Munitionstransporte von Gdingen

Aus der Mitte der Versammlungsbesucher in den Tennishallen wurde folgende Resolution eingebracht und unter dem Beifall der Tausenden angenommen:

Die im faschistischen Berliner Westen durchgeführte Versammlung der Antifaschistischen Aktion sendet den Hafenarbeitern und Soldaten Gdingens, die so heldenhaft gegen die Munitionstransporte für Japan gekämpft haben, heiße brüderliche Kampfgrüße. Die Versammlung gelobt, mit den Gdingen Brüdern für die Verteidigung der Sowjetunion und ein Sieg des Weltsozialismus zu kämpfen.

Reformistischer Gewerkschaftsführer geht zu den Nazis

Wien, 2. Juni. Der ehemalige Vorsitzende der freigewerkschaftlichen Technischen Union, der sozialdemokratische Nationalrat Jelenka, der wegen Korruption seiner Stellung innerhalb der freien Gewerkschaften entkoben werden mußte, der aber das Nationalratsmandat abzutreten nicht gesonnen ist, scheint nun, wie auch die „Reichspost“ bestätigt, den Nationalsozialisten zuzustreben. Er liefert all sein Material, das er über die Schmutzwäsche innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie kennt, den Nazis aus. Auch fiel es auf, daß er gerade von den Nationalsozialisten verteidigt wurde.

Kurze Auslandsnachrichten

Der Führer des republikanischen Schuhbundes von Innsbruck ist im Zusammenhang mit der Vertreibung der Nazis durch die rote Einheitsfront in Innsbruck verhaftet worden.

In Südholland kam es in der Hafenstadt Vlaardingen zu blutigen Straßenkämpfen gegen die Verabsiejung der Arbeitslosenunterstützung.

den Schützengräben und Granatlöchern, die hängen in den Stacheldrähten und können nichts mehr tun. Aber wir wollen etwas für sie tun. Wir wollen sie rächen! Es ist Revolution, Kameraden, das heißt, wir müssen die Macht in unsere Hände nehmen und jetzt einen Soldatenrat bilden, der als erstes unsere Abfahrt in die Heimat sofort zu organisieren hat.“

Zosender Beifall schallte über den Hof.

Die Soldaten wählten sich ihren Soldatenrat!

Der Major beeilte sich mittlerweile, in seinem Zimmer die Uniform mit Zivil zu vertauschen. Er zog sich eine dunkle Hose und eine hellgraue Sommerjacke an — etwas anderes konnte er nicht austreiben — und überlegte, auf einem Stuhl zusammengekauert, was nun werden sollte. Die Soldaten begaben sich in ihre Quartiere. Einige von ihnen, man kann nicht sagen, ob es Gleichgültigkeit gegenüber dem Geschehenen war oder nur das Bewußtsein und der Drang, tun und lassen zu können, was ihnen gefiel, stürmten in die Kantine und feierten mit Schnaps und Bier und allem, was noch erreichbar war, die Revolution, den Frieden aus ihre Art.

Hunderte von Metern waren die Schienenstränge der Bahnhöfe außerhalb der Station von Menschen belagert. Soldaten, Zivilpersonen, Frauen und Mädchen warteten auf den Zug. Stundenlang standen sie oder saßen auf ihrem Gepäck und warteten. Mehrere Züge fuhrten in langsamem Tempo, ohne zu halten, vorbei. Nur Vieh- und Güterwagen hingen hinter der Lokomotive. In den geöffneten Türen und Fenstern, auf den Rändern der offenen Wagen saßen und standen die Feldfrauen eng zusammengedrängt, schrien und schwenkten die Hüften: „Hallo, Karole Heimat! Aus ist der Krieg!“

Und dann wurden Lieder gesungen: „O Tannenbaum, o Tannenbaum, der Kaiser hat 'n Sud gehau'n!“

Manch einer versuchte, von außen aufzuspringen, wurde aber immer wieder mit großem Hallo heruntergeworfen: „Immer mit die Ruhe, Kamerad, du wirst noch rechtzeitig zu deiner Braut kommen.“

„Was heißt hier Braut“, schrie der zurück, „ich will die Revolution mitmachen.“

„Aber hier launst du nicht mehr rein, es kommen noch mehr Züge“, war dann die Antwort.

Einige Soldaten vom Telegraphenamnt in Saspogne, die es besonders eilig hatten und in den graufigsten Tönen schrien, zerr-

ten, als sie die Unmöglichkeit einsahen, sich in die überfüllten Waggons zu quetschen, kurz entschlossen einen großen Handwagen aus einem Schuppen und schoben los.

„Wo wollt ihr hin?“ rief man ihnen nach.

„Wir gehen zu Fuß über Luxemburg nach Deutschland“, schrien sie zurück. „Wir sind eher da als ihr!“

Die Menschen wurden unruhig. Sie schrien und schimpften. Eine heisere Stimme rief: „Läßt sich denn nicht so ein Affe von Offizier leben? Die wollten doch dafür sorgen, daß wir schnell und sicher nach Hause kommen?“ „Die sind schon längst über alle Berge und lassen uns hier sitzen!“

Auf einmal ein großes Geschrei. „Unser Hauptmann, der soll leben!“ rief einer und zerrte einen Mann in grauem Anzug nach vorne. „Kannst du uns sagen, mein Lieber, wann wir endlich losfahren?“ schrie man ihm ins Gesicht. „Führe uns zum Stationsvorsteher!“ Lachen und Rufen ringsum.

Fünf oder sechs Soldaten gingen mit dem Zivilisten an der Spitze, der recht eingeknickt und ängstlich ausah, in das Bahnhofsgebäude. Nach einer Weile kam die Gruppe zurück, und einer verkündete, es war der große Soldat, der in den Soldatenrat gewählt wurde: „Es wird kaum möglich sein, daß wir in den heute hier vorbeifahrenden Zügen noch Platz kriegen, aber morgen früh wird hier ein Zug eingeleert, eine Lokomotive ist angefordert, die Wagen werden wir auch bekommen.“

Heftig wurde diese Meldung diskutiert. Nach einer Stunde hatte sich die Menge der Wartenden erheblich verringert. Nur ganz Geduldige saßen noch auf ihrem Gepäck und starrten die Schienen entlang. Ein kleiner Teil war in die Quartiere zurückgegangen, die übrigen stießen sich in einem Güterkippen häuslich nieder.

Am andern Morgen um 5 Uhr war Luise bereits wieder zur Stelle. Um 6 Uhr sollte der Zug abfahrtsbereit sein. Sie traf den großen Soldaten, der sie freundlich begrüßte und ihr die Hände schüttelte: „Dat heßt du feig moßt, min Deern!“ sagte er, „dat heßt mi bannig freut! Au wöllt wi man moken, dat wi no Huus hen kommt! De ward uns brauken!“ (Die werden uns brauchen!)

Luise nickte und lachte: „Aus Hamburg?“ fragte sie.

„Ne, von Ost-Friesland! Von de Wooterlant! Bi us is man jeß allerahnd los!“

Da ertönte ein Pfiff. Ein Zug kam näher. Der Soldat schüttelte mit dem Kopf: „Dat is en annerer, dat is ufe nich!“

(Fortsetzung folgt)

Faschistische Kriegserklärung der Papen-Schleicher

Ungeheuerliches Regierungsprogramm gegen die letzten Rechte der Arbeiterklasse — Das Kabinett der Barone, Generale und Truchherren will die ganze Erwerbslosenunterstützung und Sozialversicherung beseitigen. — Offene Naziphrase der Regierung

Sonnabend mittags um 1 Uhr ist die Regierungserklärung des Kabinetts von Papen herausgekommen. Es geht so gut wie fest, daß die Neuwahlen am 21. Juli stattfinden sollen. Zwar sind noch Verhandlungen im Gange, sie früher durchzuführen, jedoch sind die Forderungen für die Auslegung der Wählerverzeichnis- und die Einreichung der Kandidatenlisten verfassungsmäßig an bestimmte Termine gebunden, die eine Spanne von sechs Wochen notwendig machen.

W.D. Berlin, 4. Juni. Die angekündigte Erklärung der Reichsregierung hat folgenden Wortlaut:

In einer der schwersten Stunden der vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regierung ihre Amt. Das deutsche Volk steht in einer seelischen und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der bornierte Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden soll, sind ungeheuer. Sie können nur getragen werden, wenn es gelingt, die seelischen Voraussetzungen durch die Zusammenfassung aller aufbauwilligen und staats-ehtlichen, kurzum aller nationalen Kräfte zu finden.

Reichskanzler Dr. Brüning hat als erster den Mut gehabt, eine klare Bilanz der Lage zu fordern, in die uns in erster Linie der Versailler Vertrag und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise wie auch die Mißwirtschaft der Parlamentsdemokratie gebracht haben. Diese Bilanz, die die heutige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen:

Die finanziellen Grundlagen des Reichs, Preußens und der Mehrzahl aller anderen Länder und Gemeinden sind erschüttert. Keine der notwendigen grundlegenden Reformen, die Voraussetzung jeder Gesundung — Verwaltungsreform, Finanzreform, Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation — ist über schwache Anläufe hinausgekommen. Die Sozialversicherungen stehen vor dem Bankrott. Die ständig gewachene Arbeitslosigkeit zehrt trotz allen Arbeitswillens der besten Kräfte am Marke des deutschen Volkes.

Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig höfenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben dem Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zuerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden.

Der hieraus erwangelhaft folgende moralische Zermürbung des deutschen Volkes, vorwiegend durch den unheiligen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den

Kulturbolschewismus,

der wie ein fremdes Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in letzter Stunde Einhalt gehalten werden. Zu tief ist schon in alle kulturellen Gebiete des öffentlichen Lebens die Zersetzung atheistisch-marxistischer Denkmuster eingedrungen, weil die christlichen Kräfte des Staates leicht zu Kompromissen bereit waren. Die Reinheit des öffentlichen Lebens kann nicht auf dem Wege der Kompromisse um der Parität willen bewahrt oder wiederhergestellt werden. Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewählt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung aufzubauen zu helfen.

Die Regierung, die in dieser Stunde, erfüllt von ihrer höchsten Verantwortung vor Gott und der Nation, die Leitung der Geschicke des Landes übernimmt, ist trotz Zerschütterungen von dem Bewußtsein der Pflichten, die auf ihr liegen. Sie wird nicht zögern, den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes, insbesondere auch der wertvollsten Bevölkerung in Stadt und Land unerschrocken aufzunehmen.

Damit die Zahlungen der nächsten Tage und Wochen zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates geleistet werden können, ist die Regierung gezwungen,

einen Teil der von der alten Regierung geplanten Notmaßnahmen zu erlassen.

Im übrigen macht die Regierung in dieser Stunde keine Versprechungen. Sie wird handeln, und man soll sie nach ihren Taten beurteilen.

Auf außerparlamentarischem Gebiete ergeben sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung aus den im Gange befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen über die großen Weltprobleme der Abrüstung, der Reparationen und der allgemeinen Wirtschaftskrise. Bei allen diesen Problemen haben höchste deutsche Lebensinteressen auf dem Spiele. Unser Ziel ist, in friedlichem Zusammenwirken mit den anderen Nationen unserem Vaterlande endlich volle Gleichberechtigung, politische Freiheit und die Möglichkeit wirtschaftlicher Gesundung zu verschaffen. Nur ein gleichberechtigtes, freies und wirtschaftlich gesundes Deutschland kann zur Gesundung der Welt beitragen.

Friedlich können alle Bemühungen um die Wohlfahrt der Völker nur dann auswirken, wenn es gelingt, gleichzeitig die wirtschaftlichen Störungen auf dem Gebiete des Geld- und Kapitalverkehrs und des Warenverkehrs, die gegenwärtig die Welt in Unruhe versetzen, zu beseitigen.

Die Reichsregierung wird an allen Bestrebungen mitzumachen bereit sein, die diesem Ziele dienen.

Die Grundlage und Voraussetzung aber jeder wirksamen außerparlamentarischen Vertretung unserer nationalen Interessen, aber die es Meinungsverschiedenheiten unter Deutschen nicht gibt, ist die

Herbeiführung der innenpolitischen Klarheit.

Aus allen diesen Gründen hat sich der Herr Reichspräsident entschlossen, dem Antrage der Reichsregierung stattzugeben, den Reichstag aufzulösen.

Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gemißt ist. Die Regierung wird, unabhängig von Parteien, den

Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschland führen.

★

Im feudalen Herrenklub ist das Programm der von den Nazis unterstützten Schleicher-Papen-Regierung entstanden, dieses Programm, das eine einzige offene faschistische Kampfanlage an die ganze Arbeiterklasse Deutschlands darstellt und von der Presse der Rechten mit verständlicher Freude aufgenommen wird. Wahrhaftig, Hitlers brutaler Plan der Volksvergewaltigung spricht aus jedem Satz dieser Regierungserklärung. Die Herren da oben kennen das arbeitende Volk nur vom Hüften aus. Sie selbst sitzen in ihren Schlössern, Burgen, Jagdschlössern und leben von dem Reichtum, der durch Arbeiterhände und -hirne geschaffen wurde.

Nie hat seit dem 9. November 1918 eine Regierung gewagt, so unerbötlich sich zur reißlosen Unterdrückung der schaffenden Millionenmassen Deutschlands zu bekennen. Hört es alle: Die Hindenburg, Schleicher, Papen, Gahl wollen die letzten Reste der unvollständigen, durch die Niedererschlagung von Spartakus seitens Moske stedengebliebenen Novemberrevolution diktatorisch beseitigen.

So zugespitzt sind die durch die Krise aufgerührten Widersprüche des kapitalistischen Systems in Deutschland, daß die herrschenden Mächte keinen anderen Weg mehr als den der Gewalt sehen. Sie proklamieren die Diktatur, „Mißwirtschaft der Parlamentsdemokratie... Nicht auf dem Weg der Kompromisse um der Parität willen.“ Wir sind keine Freunde des bürgerlichen Parlamentarismus. Wenn die Reiche an uns kommt, so werden wir nur ein Parlament schaffen und anerkennen: das Parlament der Räte, in dem nur die Werktätigen und außer ihnen keiner vertreten sein wird.

Aber den Leuten in der Wilhelmstraße sind noch zu viel Arbeitervertreter im Parlament. Sie wollen und können den Kampf der proletarischen Abgeordneten nicht hören, die das kapitalistische System von der Parlamentstribüne herunter entlarven und in den Anklagezustand setzen. Was die da wollen, ist die nackte faschistische Diktatur über die große arbeitende Volksmehrheit, die nicht zu ihnen gehört und von ihnen nichts wissen will.

Das Junkerkabinett erklärt dem Margismus den Krieg! Es organisiert den Lohnabbau, aber es verbietet den Arbeitern, sich zu wehren. Es hat die Stirn, von einer „moralischen Schwächung der Kräfte der Nation“ zu sprechen, weil Staat und Gemeinden den Erwerbslosen heute noch ein paar Mark Unterstützung zahlen, weil es noch Kranken- und Invalidenversicherung gibt. Das alles soll mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Und darum die Kampferklärung gegen den Marxismus. Denn der revolutionäre Marxismus, wie die Kommunistische Partei ihn kämpfend befestigt, ist der größte Feind dieser unerhörten, das ganze schaffende Volk treffenden Pläne.

★

Selbst ein Blatt wie der „Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, muß zugeben, daß diese Regierungserklärung

den deutschen Arbeitslosen wie eine Ohrfeige trifft. Wir haben also zur Kenntnis zu nehmen, daß nach Ansicht der Herren von Papen, von Schleicher, der anderen Grafen und

Barone, sowie der bürgerlichen Kabinettsmitglieder Sozialpolitik, darunter die Arbeitslosenunterstützung, die moralischen Kräfte zermürbt. Sind die Herren der Ansicht, daß Hunger und Elend die moralischen Kräfte der Nation gestärkt hätten?

Ja, es soll gehungert werden in Deutschland, gehungert für eine kleine Kapitalisten- und Junkerfraktion, die auf Kosten des Volkes lebt, und die — man lese es oben nach! — schon in den nächsten Tagen neue Notverordnungen gegen euch erlassen wird.

Nach innen sind sie stark — gegen das Volk. Was sie außenpolitisch zu sagen haben, daß ist eine Bankrott-erklärung sondergleichen. Phrasen und nichts als Phrasen!

Es bleibt bei Young.

Es bleibt bei den Tributen.

Es bleibt bei dem Kutschen vor den Versailler Räubern; nein, es bleibt nicht dabei, es soll noch schlimmer werden. Dafür garantiert der Franzosenkurs des Antisowjetkriegs von Papen.

Und dieses Kabinett, das mit den letzten sozialen Rechten und Unterstützungen für die Werktätigen aufzuräumen als eine seiner Hauptaufgaben erklärt, genießt die Unterstützung der Falenkreuzpartei. Wer bisher noch an den Absichten Hitlers zweifelte, der müßte jetzt schreien: die Hitlerpartei ist der Pfeiler der antisozialsten Regierung. Das Falenkreuz wird zum Symbol der Millionäre, der Unternehmerinteressen in Stadt und Land

★

Der Reichsmehrheitsklub in der Bendlerstraße rasselte. Die deutschen Arbeiter hören es. Bis weit hinein in die Reihen der christlichen Gewerkschaften erhebt sich der Ruf zum Kampf, zum einheitlichen Kampf aller Werktätigen gegen diese Regierung. Es geht um Lohn und Unterstützung. Es geht um die Existenz der Arbeiterorganisationen und Arbeiterpresse. Es geht darum, ob über Deutschland ein mussolinisches Gewaltregiment errichtet werden soll oder nicht.

Das Regierungsprogramm von gestern schafft klare Fronten. Hier die Vertreter einer winzigen Herrenschicht. Dort die Masse des Volkes. Wir Kommunisten pflanzen vor der Front der Junker, Generale und Truchherren die roten Feldzeichen des revolutionären Kampfes auf!

Wir wollen doch sehen, wer stärker ist: die wenigen Reichen oder die Masse der Armen, wenn sie in roter Einheitsfront zusammensteht. Zu dieser Einheitsfront rufen wir! In dieser Einheitsfront müßt ihr sozialdemokratischen und christlichen Werktätigen noch die Rücken schließen.

Sie haben die SA. Wir haben eine Waffe, die ist spitzer und schärfer als der ganze Faschismus: das ist die rote Einheitsfront und der politische Massenstreik. Dagegen hat sich in Deutschland noch nie eine Macht halten können. Darüber ist Kapp gestürzt und Cuno gestolpert.

Die Arbeiter, denen die Geschichte ein ausgezeichnetes Lehrmeister ist, haben 1920 und 1923 nicht vergessen.

Das Wahlergebnis in Mecklenburg-Schwerin

Ungeheurer Terror auf dem flachen Land — Stimmenzunahme der SPD. in allen großen Städten

Schwerin, 6. Juni. (Eig. Drahtber.) Die gestern stattgefundenen Landtagswahlen ergaben folgendes Ergebnis:

	Reichstagswahl Sept. 30	Landtagswahl 23. 6. 29
Kommunisten	26 830	27 644
SPD.	107 000	124 922
Nazi	175 881	72 033
Nationalistische Arbeitsgemeinschaft der Mitte	7 867	5 066
Deutschnationale	32 688	29 871
Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger (Deut. Sp., Christl. Volkstum und Reichsbannerpartei)	7 113	10 112
SPD.	971	—

Die Mandate verteilen sich folgendermaßen:

SPD.	4 (3)
SPD.	18 (20)
Nazi	20 (2)
Burg. Arbeitsgemeinschaft	1 (—)
Deutschnationale	5 (11)
Arbeitsgemeinschaft d. Mitte	1 (10)

Außerdem belegen im letzten Landtag die „Deutschnationalistische Freiheitsbewegung“ zwei und die „Landvolkbewegung“ einen, die Mitte einen und die Demokraten einen Sitz.

Das Ergebnis von Mecklenburg zeigt dieselbe Tendenz wie die Wahlen in den letzten Wochen und Monaten. Die Nazis haben mehrere Gewinne aufzuweisen, wenn sie auch nicht die Stimmenzahl des letzten Reichspräsidentenwahlganges (175 070) erreichen konnten.

80 Frauen im roten Massensebstschutz!

In M.-Gladbach-Waldhausen sind 80 proletarische Frauen in den Massensebstschutz eingetreten. Sie haben erkannt, daß gegen weiteren Lohnabbau, Abbau der Unterstützung, Faschismus in Betrieb und Stempelstellen, Kriegsgefahr, Generaldiktatur und Mordterror nur der geschlossene antifaschistische Kampf aller werktätigen Männer und Frauen den Sieg bringen kann.

Her zur Antifaschistischen Aktion!

Folgt dem Beispiel der Frauen von M.-Gladbach-Waldhausen!

Die SPD. hat sich trotz des ungeheuren Terrors und trotz aller Verbote (bis wenige Tage vor der Wahl war die Parteizugehörigkeit verboten) behauptet. Besonders bemerkenswert ist, daß die Partei in den größeren Städten Mecklenburgs, in Rostock und Schwerin, im Verhältnis zur Reichspräsidentenwahl an Stimmen gewonnen hat, dagegen mißte sich der Terror auf dem flachen Lande härter gegen die SPD. aus.

10 Prozent Lohnabbau durch Streik abgewehrt

Die Direktion der Manstaedt-Werke, Troisdorf (Rheinland), hatte verfügt, daß ein Lohnabbau von 10 Prozent rückwirkend vom 1. Mai vorgenommen werden soll. Das konnte der Belegschaft deswegen so lange verschwiegen werden, weil in diesem Werk des Klockner-Konzerns die Lohnabrechnung monatlich erfolgt und nur jede Woche Abschlagszahlungen geleistet werden. Als die Belegschaft am 27. Mai von dem Abbaubefehl der Direktion erfuhr, war die Empörung groß. Die Arbeiter im März legten sofort die Arbeit nieder. Bereits im Verlauf einer Stunde wurden den Arbeitern Verhandlungen für den nächsten Tag zugesagt. Angesichts der Kampfbereitschaft der Belegschaft mußte von der Direktion die Lohnabbauverfügung rückgängig gemacht werden.

SPD.-Landrat verbietet proletarische Versammlungen

Der sozialdemokratische Landrat des Rhein-Wupper-Kreises Trimborn, der schon nach der Mordtat der Faschisten in Hudeswagen alle Kundgebungen und Versammlungen der Kommunistischen Partei und der proletarischen Organisationen im Rhein-Wupper-Kreis verboten, als Begründung werden die Zusammenkünfte mit Nazi-Propagandisten in Burscheid und die angeblich bestehenden Pläne „kommunistischer Unruhen“ herangezogen.

Diese Verbotsmaßnahmen des sozialdemokratischen Landrats gegen die proletarische Bevölkerung sind eine weitere Ermüdung für die Nazis.

Schleicher, nicht nur, sondern auch die Nazis...